NR. 11
HAMBURG, DEN 18. MÄRZ 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN
VOM
HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
HAUPTSCHRIFTLEITUNG: DR. PAUL HEILE UND DR. KURT SINGER

INHALT

Der Bankerott des Panamerikanismus in Südamerika ..... *Adolf Bieler*
Neuorientierung zur ABC-Entente

Entwicklungen und Tendenzen in der Elektrizitätsindustrie II ..... *Alfred Schmidt-Essen*

LÄNDER-BERICHTE

England ..... *Th. Plaut*
Wirtschaft und Politik — Richtungen des Außenhandels

Vereinigte Staaten ..... *M. Sch.*
Der Ausweis der New Yorker Clearing House Banken

Lettland ..... *Hans von Eckardt*
Der baltische Bund — Der verfehlte Staatssozialismus — Das Flachsgeschäft der Regierung — Mißgriffe und Aussichten

Finnland ..... *H. Gabain*
Zur Lage des Einfuhrhandels

WELTWIRTSCHAFTLICHE ÜBERSICHTEN

Geld und Kapital
Schiffahrt und Schiffbau

VI. JAHRGANG
DER WIRTSCHAFTSDIENST ERSCHEINT DIE WOCHE EINMAL

HEFT 2 MARK

DRESDNER BANK

EIGENKAPITAL

340 Millionen Mark

Girozentrale Hamburg

Zweiganstalt der Girozentrale Hannover

Öffentliche Bankanstalt :: **Mündelsicher**

Devisen und Akkreditierungen auf alle Plätze des Auslandes

Anfragen erbeten



Übernahme von Depositen auf kürzere oder längere Termine

Auskünfte bereitwilligst

Geschäftsräume: Neubau Hamburg-Amerika Linie, Eingang Ferdinandstrasse 56 :: **Drahtanschrift:** Girozentrale
Briefanschrift: Postschliessfach 137 Hamburg 36 :: **Fernsprecher:** Vulkan 6083, 6084, 6085, 6086 und 6087

Nordische Bank- und Handels-Kommandite

Hamburg 11 — **Sick & Co.** — **Laeiszhof**

Fernsprecher: Elbe 1056/58
Elbe 1894, Vulkan 6191

Drahtanschrift: Nordkontor

Bank und Waren ═══ Einfuhr und Ausfuhr
An- und Verkauf von Wertpapieren jeder Art
═══ **Sorten und Devisen** ═══
Spez.: Kolonial- u. Schiffahrtswerte, in- u. ausländische Renten

Samson Goldschmidt

HAMBURG 36

Assekuranz-Makler

Transportversicherungen * See-, Fluß- u. Landtransport- sowie Kriegsrisiken * Luftfahrzeug-Versicherungen * Transportversicherungen für Versendungen per Luftfahrzeug

Telegramm-Adresse: Sameddi, Hamburg
Fernsprecher: Merkur 2926, 2927 und 2928



HAMBURG / DEN 18. MÄRZ 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG / HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36 / ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 11

Der Bankerott des Panamerikanismus in Südamerika

Neuorientierung zur ABC-Entente

Der nordamerikanische Staatssekretär Bainbridge Colby, der noch kurz vor Wilsons Abgang in besonderer Mission, die in der Hauptsache der Belebung und Stärkung des Monroegedankens galt, nach Brasilien und den La Plata-Staaten entsandt worden war, dürfte wohl anläßlich dieses Besuches den ihm schmerzlichen Eindruck gewonnen haben, daß der „Panamerikanismus", diese neue Formel für die alte Idee jener unbestimmten, dehnbaren und veränderlichen Monroedoktrin, in Südamerika gegenwärtig schlecht im Kurse steht. Hinter den zwar höflichen und verbindlichen Reden, die Colby allenthalben zum Empfang bereitet wurden, vermochte sich dennoch ein Gefühl der Kälte, der Unzufriedenheit und des Mißtrauens gegenüber der Politik des „almighty dollar" schlecht zu verbergen. Und wenn sich auch Colby die größte Mühe gab, um in überschwenglichen Freundschaftsbezeugungen und durch geschickte Hinweise auf die politischen und wirtschaftlichen Verdienste seines Heimatstaates die „ideale und uneigennützige" Politik des Weißen Hauses, deren „wahre Motive und Ziele von Lateinamerika verkannt" würden, ins rechte Licht zu setzen, so dürfte es ihm doch klar geworden sein, daß die südamerikanischen „Bruderstaaten" bei aller Vorliebe für festliche Empfänge, prunkende Bankette und panamerikanische Kongresse sich keineswegs durch nichtssagende Redensarten und bloße Zusicherungen, die im wesentlichen doch nur auf Massensuggestion berechnet sind, einfangen lassen, daß sie vielmehr Realpolitiker genug sind, um wirklich auch Taten sehen zu wollen.

Die realen und positiven Begebenheiten der nordamerikanischen Politik, nach denen allein nur Lateinamerika urteilen will, sind aber im Augenblick die denkbar ungeeignetsten, um einer Orientierung im Sinne des panamerikanistischen Gedankens das Wort zu reden. Während Colby am La Plata die schönsten Sympathieversicherungen für Lateinamerika formulierte, wurde gleichzeitig aus Washington von neuen Senatsdebatten über den Panamaraub und von dem diplomatischen Protest Panamas gegen die Übergriffe der Yankees in der Kanalzone gedrahtet, und wenige Tage vor der Ankunft Colbys traf in Montevideo eine Abordnung dominikanischer Intellektueller ein, um für die Unabhängigkeit der Dominikanischen Republik und die Wiedereinsetzung des Präsidenten Carvajal zu demonstrieren.

Wohl gibt es auch heute noch in Lateinamerika begeisterte Idealisten und Optimisten, die sich selbst über solch offenkundige Akte brutalster Gewalt und nacktesten Imperialismus hinwegzutäuschen suchen und sich in übertriebener Amerikanophilie von dem Panamerikanismus alles Heil versprechen. Aber ein Blick auf die derzeitige Wirtschaftslage ihrer Länder, die doch lediglich der Hegemonie des Dollars und dem plutokratischen Spekulationssinn der nordamerikanischen Trusts zum Opfer fielen, dürfte auch sie von dem wahren Charakter des Panamerikanismus bald überzeugen. Wie können jene denn die monopolistischen Tendenzen der allmächtigen Trusts, eines „Standard Oil", einer „Steel Corporation" usw., das ruinöse Wirken des New-Yorker-Kautschuktrusts in den Wäldern Amazoniens, die Erniedrigung Lateinamerikas zum Handlanger des nördlichen Nachbarn, das Triumphieren des Dollars und die Entwertung ihrer eigenen Münze, die gewaltigen Flottendemonstrationen, die ihnen an ihren eigenen Küsten die Kraft und Stärke der großen Republik des Nordens vor Augen führen sollen, wie können sie alle diese Anzeichen offenkundiger Ungleichheit und Unterordnung zusammenreimen mit den idealen Vorstellungen, die sie sich vom wirklichen und wahren Panamerikanismus gemacht haben! Gerade die heutige Sachlage dürfte sie doch nicht im Unklaren darüber lassen, daß von einem „panamericanismo de concordia", den sie vielleicht erträumen, nie und nimmer die Rede sein kann, daß es sich vielmehr nur um einen „panamericanismo de predominio" handeln kann, dessen offenkundige Ziele ein illustrer Landsmann[1]) der Monroe, Polk, Roosevelt und Wilson mit treffender Genauigkeit und seltener Aufrichtigkeit dahin kennzeichnet, daß diese Ziele „so unbestreitbar künstliche, só ausschließlich auf das Interesse der Vereinigten Staaten eingestellte und den eigenen Interessen Lateinamerikas so zuwiderlaufende seien, daß die Lateinamerikaner zu der Schlußfolgerung gezwungen sind, daß der Panamerikanismus weiter nichts ist als ein Deckmantel für die ehrgeizigen Pläne der Vereinigten Staaten hinsichtlich der wirtschaftlichen Eroberung Lateinamerikas zum Vorteil ihrer eigenen ökonomischen Zukunft."

Die Desavouierung, die denn auch als Ausdruck des weitaus überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung Südamerikas dem nordamerikanischen Sendboten am La Plata bereitet wurde, und die noch kräftiger zum Vorschein gekommen wäre, wenn Colby seinen Aufenthalt nicht so auffallend kurz gestaltet hätte, galt aber in erster Linie der Politik desjenigen, der ihn entsandt hatte. Gerade von der demokratischen Parteirichtung des Präsidenten Wilson hatten die Lateinamerikaner eine ent-

[1]) Roland G. Usher, Panamericanism. New York, The Century Co., 1915. 400.

schiedene Abkehr von der imperialistischen Gewaltpolitik seiner Vorgänger erwartet und anfänglich zu den vermeintlichen altruistischen Ideen des neuen Panamerikanismus, wie er von Wilson verkündigt wurde, Zutrauen gewonnen. Aber zu bald nur sollte Lateinamerika durch die Eingriffe der U. S. A. in die souveräne Staatshoheit Nicaraguas und die Intervention in Mexiko zu erfahren bekommen, was für eine Bewandtnis es eigentlich mit diesem „Altruismus" habe. Wilsons Deutung der Monroedoktrin, die an sich überhaupt nicht altruistisch sein kann, erwies sich als ausgesprochen egoistisch; seine Politik war lediglich die logische Fortsetzung der Dollarpolitik Tafts, der Protektionspolitik Roosevelts, der Eroberungspolitik Mackinleys und der Annektionspolitik Jacksons, Tylors und Polks. Auch Wilson hielt sich hinsichtlich der Auslegung der Monroedoktrin an jene klassischen Worte, die der Kriegsminister Monroes, Calhoun, an die im Kongreß versammelten Deputierten richtete: „Die Erklärungen Monroes waren eben nur Erklärungen und weiter nichts. Jede Entscheidung, die getroffen werden soll, hängt einzig und allein von der jeweiligen Sachlage ab. Handelt so, wie ihr es für gut erachtet; erklärt den Krieg, wenn es euch notwendig erscheint, laßt euch auf Verhandlungen ein und trefft Abänderungen, wenn euch dieser Weg zum Ziele führt; mit einem Wort, tut das, was euch die jeweiligen politischen Interessen des Landes geraten erscheinen lassen, ohne euch auf Formeln festzulegen, die später einmal gegen euch sprechen könnten."

Nach diesen Grundsätzen handelte auch Wilson, vielleicht mit dem Unterschiede, daß er zum Zwecke der Verschleierung des politischen und wirtschaftlichen Vordringens der U. S. A. in Lateinamerika die geistige und kulturelle Seite des Panamerikanismus stärker als seine Vorgänger betonte, um der vorwiegend durch französische Vorbilder beherrschten lateinamerikanischen Geisteskultur eine Neuorientierung aufzuprägen oder sie doch wenigstens durch geschickte Stimmungsmache im Sinne des Panamerikanismus zu beeinflussen. Als Hauptmittel dieser gerade in den letzten Jahren immer reger gewordenen Kulturreklame dienten ihm — um aus der Fülle dieser zielbewußten und systematischen Propaganda nur einige bemerkenswertere Daten herauszugreifen — vor allem der Austausch von Professoren und Studierenden, die Anknüpfung von Beziehungen zwischen den Universitäten der U. S. A. und Südamerikas, die Veranstaltung von wissenschaftlichen panamerikanischen Kongressen, von Kunstausstellungen, von Vortragsreisen nordamerikanischer Gelehrter und Staatsmänner nach den geistigen Zentren Lateinamerikas, und auf der anderen Seite die Einführung der lateinamerikanischen Auslandskunde an den nordamerikanischen Universitäten und des spanischen und portugiesischen Unterrichts in den heimischen Schulen und Hochschulen. Lagen wohl früher schon gelegentlich lateinamerikanische Pressestimmen vor, die gegen die Einseitigkeit der nordamerikanischen Bestrebungen protestierten und sich über die aufdringlichen Liebenswürdigkeiten und die fortgesetzten Verbeugungen der Yankees vor der südamerikanischen Kultur lustig machten, warnten auch früher schon maßgebende südamerikanische Persönlichkeiten wie Oliveira Lima und Manuel Ugarte in Wort und Schrift vor den Gefahren der Liebeswerbungen der Vereinigten Staaten, heute sind sich die Südamerikaner jedenfalls völlig darüber einig, worauf diese Machenschaften abzielen und was man in Lateinamerika davon zu erwarten hat. Und in dieser Erkenntnis haben sie Wilson und dessen Politik — die Anzeichen trügen nicht — desavouiert!

Aus dieser Sachlage heraus kann es nicht verwunderlich erscheinen, daß sich heute in Südamerika die Stimmen mehren, die, trotz mancher Gegensätze und Unstimmigkeiten zwischen Argentinien, Brasilien und Chile, einer politischen Neuorientierung, einer stärkeren Betonung der ABC-Entente das Wort reden, die am besten geeignet scheint, um gegen die Vormachtbestrebungen der nordamerikanischen Union auf dem Südkontinent ein wirksames Gegengewicht zu schaffen. Hervorgegangen aus der anläßlich der englisch-italienisch-deutschen Blockade Venezuelas im Jahre 1902 formulierten Dragodoktrin machte diese ABC-Entente bei der Intervention Nordamerikas in Vera Cruz ihren Einfluß geltend und verhinderte damals einen bewaffneten Konflikt zwischen den U. S. A. und Mexiko. Endgültig gefestigt schien sie durch den am 25. 5. 15 in Buenos Aires abgeschlossenen Schiedsvertrag, in dem die beteiligten Staaten ihre „auf Eintracht und Frieden abzielende internationale Politik und den festen Vorsatz, daß die Verbrüderung der amerikanischen Freistaaten stets fester werde", besonders hervorhoben. Der Vertrag bezweckte vor allem die Erledigung etwaiger auf diplomatischem Wege nicht beizulegender Streitfragen durch Schiedsgerichte und sollte dem beunruhigenden Wettstreit dieser drei Länder um die Vorherrschaft auf dem Südkontinent ein Ende bereiten. Wenn auch dieser ABC-Vertrag, der jedoch infolge des Eintritts Brasiliens in den Krieg von seiten Argentiniens unratifiziert blieb, seither noch — allerdings nur latent — weiterbestanden hat, so haben sich doch gerade während der letzten Jahre die früheren engeren Bande merklich gelockert. Warum? Weil die Psychologie und die Intentionen des einen ein verschlossenes Buch für den anderen sind. In diesem einen Punkte müssen wir allerdings dem zwar harten, aber doch zutreffenden Urteil von Archibald Coolidge[2]) beipflichten, wenn er sagt: „Die politische Rückständigkeit der meisten romanischen Völker Amerikas zeigt sich gerade darin, daß sie, obgleich sie sich in Sprache und beinahe allem anderen so ähnlich sind, doch politische Trennungen aufrecht erhalten, die nur der Zufall geschaffen hat."

Heute hält man nun den günstigen Zeitpunkt für gekommen, um eine Politik im Sinne einer festen und dauerhaften Wiederherstellung des ABC-Vertrages als der sicheren Grundlage des Friedens und einer starken lateinischen Einheit auf dem südamerikanischen Kontinent einzuleiten. Die Pourparlers, die gegenwärtig zwischen den Vertretern der U. S. A., Argentiniens und Brasiliens und der chilenischen Regierung in Santiago de Chile gepflogen werden, um ein alle Teile befriedigendes Arrangement hinsichtlich der heiklen Pazifikfragen (Tacna-Arica-Problem; Grenzfragen zwischen Peru einerseits und Kolumbien und Ecuador andererseits) anzubahnen, scheinen den Ausgangspunkt für eine solche Neuorientierung zu bilden. Die derzeitigen Beziehungen der ABC-Staaten dürfen offiziellen und offiziösen Äußerungen zufolge als durchaus gut bezeichnet werden, wenn man auch von nicht uninteressierter Seite aus der Haltung Argentiniens gegenüber dem Völkerbundsrat und der Tatsache, daß Argentinien seit längeren Monaten in Rio de Janeiro nur durch einen Generalkonsul offiziell vertreten ist, gewisse Gegensätze zu konstruieren versuchte. Daß allerdings gerade in letzter Zeit in Argentinien sowohl wie in Brasilien viel von Vermehrung der Streitkräfte gesprochen wird, „da Kriege", wie „La Nacion" schreibt, „plötzlich wie Sommergewitter losbrechen können", darf in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden. Da aber die Lebensinteressen der lateinamerikanischen Staaten im großen und ganzen dieselben

[2]) Coolidge, A. Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Berlin 1908. S. 301

sind, und ihre Entwicklung unter vielfach einander ähnlichen Bedingungen und auf parallelen Linien vor sich geht, kann es sich unseres Erachtens bei diesen Rüstungsfragen nur um solche des alliierten Lateinamerika gegen einen etwaigen äußeren Feind handeln. Es wäre demnach vielleicht besser, um von vornherein jeden Verdachts- oder Mißtrauensmomenten irgendwelcher Art die Spitze abzubrechen, die Stärke der Streitkräfte der einzelnen Staaten nicht miteinander zu vergleichen und gegeneinander abzuwägen, sondern vielmehr darüber zu diskutieren, wie Lateinamerika durch eine Vereinigung seiner Streitkräfte diese zu seinem inneren und äußeren Schutze am besten schlagbereit gestalten kann.

Es wäre verfrüht, sich heute schon über die künftige Entwickelung der jetzt wieder neu einsetzenden lateinamerikanischen Bewegung zu äußern. Erfolg kann sie aber nur dann haben, wenn sich die verantwortlichen Staatsmänner von dem Geiste Manuel Ugartes leiten lassen, der im Vorwort seiner klassischen Abhandlung über die Zukunft Lateinamerikas die Fragen aufwirft: „Cuál será la suerte de la América latina, si no interviene una alianza que anude su voluntad? No está en la unión el secreto de todas las victorias?"

Dr. Adolf Bieler

Entwickelungen und Tendenzen in der Elektrizitätsindustrie II

Im Februar 1921 hat die A. E. G. einen wichtigen Schritt getan, indem sie den an dieser Stelle wiederholt geschilderten (vgl. „W.-D." Nr. 47 vom 19. 10. 20 „Der Elektro-Montantrust") Bestrebungen zur sog. „vertikalen" Vertrustung, d. h. zur Vereinigung möglichst aller Produktionsstufen im gleichen Konzern folgte. Bis dahin hatte sie sich mehr „horizontal" auszudehnen gesucht, indem sie Werke der gleichen Produktionsstufe aufnahm. Es handelt sich um die Linke-Hofmann A.-G. in Breslau, mit der die A. E. G. eine Interessengemeinschaft einging.

Das Hauptarbeitsgebiet der Linke-Hofmann-Werke ist der Bau von Lokomotiven und Waggons. Die Betriebseinrichtungen in Breslau vermögen jährlich ca. 1500 Personen- und 6000 Güterwagen herzustellen und nicht weniger als 200 schwere Lokomotiven. Die A. E. G. baut ebenfalls Dampflokomotiven. Läßt schon dieser Umstand eine Vereinigung nahe liegen, so kommt hinzu, daß die Linke-Hofmann-Werke besondere Einrichtungen für den Bau elektrischer Lokomotiven getroffen haben. Die Interessengemeinschaft sorgt dafür, daß sie keine Konkurrenz für die A. E. G. werden. Auch die zur Ausrüstung und zum Betriebe von Eisenbahnen erforderlichen Gegenstände werden von der Breslauer Gesellschaft hergestellt. Die Leistungsfähigkeit der Linke-Hofmann-Werke ist durch die 1917 erfolgte Aufsaugung der Waggonfabrik P. Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld gesteigert worden. Dadurch ist auch die Eisenbahn-Material-Leihanstalt A.-G. in Berlin, deren Geschäftsbetrieb in der Verleihung von Eisenbahnwagen und Lokomotiven besteht, in den Besitz der Linke-Hofmann-Werke gelangt.

Von der Interessengemeinschaft erwarten beide Teile gegenseitige Ergänzung auf mannigfache Art. Vor allem hofft man auf gemeinsame Ausnützung der Auslandsorganisation der A. E. G. Der Bedarf an Eisenbahnmaterial ist nach dem Kriege groß, anderseits wachsen aber die Schwierigkeiten im internationalen Geschäft. Man erhofft eine weitgehende Elektrifizierung der Vollbahnen, zunächst im europäischen Auslande, und richtet sich darauf ein. Die A. E. G. hat bereits eine größere Anzahl von elektrischen Lokomotiven nach Schweden teils geliefert, teils in Auftrag. Die gegenwärtige Finanzlage erlaubt es nicht, die deutschen Bahnen auf elektrischen Betrieb einzustellen, aber früher oder später dürfte dies doch erfolgen. Die Breslauer Gesellschaft eignet sich nun als geübte, mit bedeutender mechanischer Werkstatt versehene Rollmaterialfabrik ganz besonders für mit der A. E. G. kombinierte Geschäfte.

Die Linke-Hofmanngesellschaft ist zurzeit mit Aufträgen hervorragend gut versehen. Die Werke sind für absehbare Zeit voll beschäftigt. Im Waggonbau, der kürzlich große Lieferungen für die belgische, norwegische und tschecho-slowakische Regierung erledigt hat, liegen umfangreiche Bestellungen aus der ganzen Welt, insbesondere aus Frankreich, Südafrika und China vor. Der Lokomotivbau hat Aufträge für Spanien, Rumänien, Rußland und Polen zu erledigen.

Die Linke-Hofmannsgesellschaft hat nun im August 1920 die A.-G. Lauchhammer an sich gezogen. Diese besitzt eine Fabrik von Rädern und Radsätzen für Eisenbahnwagen, Tender usw., Werkstätten für den Bau von Lokomotivüberhitzern und Rohrschlangen und ein Überlandkraftwerk zur Versorgung ihrer Werke und des Elektrizitätsverbandes Gröba sowie der Überlandzentrale für den Kreis Liebenwerda, mit welchen dreißigjährige Verträge geschlossen worden sind. Diese Erzeugungsgebiete entsprechen denjenigen von Linke-Hofmann und A. E. G. Aber dort ruht nicht der Schwerpunkt der Produktion von Lauchhammer.

Die Gesellschaft stellt vielmehr eine Verbindung von Braunkohle, Stahl, Elektrizität und Fertigfabrikation dar. Es sind Braunkohlengruben, Martinwerke, Eisengießereien, Stabeisen-, Blech- und Rohrwalzwerk, Bessermer- und Tiegelstahlwerk vorhanden. Die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft in Stahl beträgt etwa ¼ Mill. t. Während in der Regel die Rohstoffwerke sich Weiterverarbeitungs- und Fabrikationsbetriebe angliedern, ist die Linke-Hofmannsgesellschaft den umgekehrten Weg gegangen, indem sie sich der Lauchhammergesellschaft bemächtigte. Die A. E. G. schließt sich durch die Interessengemeinschaft mit Linke-Hofmann diesem Vorgehen an. Sie stellt ihre Rohstoffversorgung sicher, nachdem sie bereits durch die Aufnahme des Carlswerks und den Abschluß von Lieferungsverträgen mit der luxemburgischen Gruppe diesem Ziele nähergekommen ist. Man kann nunmehr mit Fug und Recht auch in bezug auf den A. E. G.-Konzern von einem Elektro-Montantrust reden, während diese Bezeichnung bisher der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union vorbehalten blieb. Durch die Berliner Elektrizitätswerke besitzt die A. E. G. übrigens schon seit einiger Zeit in Mitteldeutschland Interessen in der Richtung nach Lauchhammer hin; denn die B. E. W. sind dort an Braunkohlengruben beteiligt. Auch die Lauchhammerwerke sind mit In- und Auslandsaufträgen gut versehen.

1920 hat die A. E. G. Grundstück und Gebäude der Maschinenfabrik Oberschönweide A.-G. gekauft, um ihre Fabrik für Transformatoren und Hochspannungsapparate dorthin zu verlegen. In Mülheim an der Ruhr wurde eine Reparaturwerkstatt eingerichtet, um die Reparaturen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet schnell ausführen zu können.

Seit 1919/20 arbeiten die Glühlampen-Großfabri-

kanten, nämlich das Konsortium Leopold Koppel, die A. E. G. und die Siemens und Halske A.-G. gemeinsam und zwar in einer nichtöffentlichen Gesellschaftsform. Von einer Konkurrenz auf diesem Gebiete kann seitdem nicht mehr die Rede sein. Der Konzern der Auergesellschaft wurde damals in seine einzelnen Teile zerlegt. A. E. G. und Siemens und Halske spalteten ihre Glühlampenbetriebe ab und vereinigten sie mit denen der nunmehr aufgelösten Auergesellschaft. So kam durch Dezentralisation und neue Konzentration die Osram G. m. b. H. Kommanditgesellschaft zustande. (Vgl. „W.-D." Nr. 42 vom 17. 10. 19: „Der Zusammenschluß in der Glühlampenindustrie".) Siemens und Halske ist an ihr mit 40 % beteiligt. Die bisherigen Ergebnisse des ersten am 30. 6. 20 abgelaufenen Geschäftsjahres — der Gesellschaftsvertrag wurde Anfang 1920 mit Wirkung ab 1. 8. 19 geschlossen — lassen, wie Siemens und Halske berichten, bereits erkennen, daß sowohl technisch als auch wirtschaftlich die Ziele, welchen den Zweck der Vereinigung gebildet haben, erreicht werden. Ähnlich äußert sich die A. E. G. Vereinheitlichung des Werkstattbetriebes und des Verkaufes gehören in erster Linie zu den Aufgaben des Gemeinschaftsunternehmens.

Die Osram-Gesellschaft ist im Begriff, sich weiter auszudehnen durch Aufnahme von Teilen der Vereinigten Lausitzer Glaswerke (früher „Schweig") A.-G. Diese Gesellschaft, welche die größte deutsche Fabrik von Glaskolben für die Glühlampenerzeugung besitzt, selbst aber keine Glühlampen herstellt, verschwindet von der Bildfläche. Der Kohlenbedarf des bisherigen Osramkonzerns wird auf 100 Mill. Stück jährlich geschätzt. Die nicht für die Osramgesellschaft geeigneten Betriebe der Vereinigten Lausitzer Glaswerke gehen in das gemeinschaftliche Eigentum der A. E. G. und der Siemens und Halske A.-G. über. Neben Werkstätten für pharmazeutisches Glas, Konservengläser usw. handelt es sich dabei um Kohlenbergwerke, so daß auch auf diese Weise die Entwickelung des A. E. G.-Konzerns zu einem Elektro-Montantrust beschleunigt wird. 1911 wurden den Vereinigten Lausitzer Glaswerken die Tschöpelner Werke angegliedert, die über Felder mit einem Kohleninhalt von 160—174 Mill. hl verfügen und zurzeit jährlich 2 Mill. hl fördern. Drei der Vereinigten Lausitzer Glaswerke gehörige Gewerkschaften (Elster, Lerche und Kuckuck) mit 137 Mill. hl Felderinhalt sind gegenwärtig nicht im Betrieb. Die Tschöpelner Werke sind ferner auf die Produktion von 12 Mill. Steinen N. P. eingerichtet. 1912 wurden von der Gesellschaft sämtliche Aktien der Schweigschen Glas- und Porzellanwerke A.-G. und die Mehrheit der Aktien der Glashüttenwerke Weißwasser A.-G. erworben.

In der Osramgesellschaft begegnen sich die beiden großen Elektro-Montankonzerne, der Stinnestrust und die A. E. G. Das Bindeglied bildet die Siemensgruppe des Stinnestrustes, die ja auch bei der Aufteilung der Vereinigten Lausitzer Glaswerke mit der A. E. G. Hand in Hand geht. Bei der Akkumulatoren-Fabrik Hagen sind Siemens und A. E. G. im Aufsichtsrat vertreten. Die Elektro Treuhand A.-G. ist eine gemeinsame Gründung von A. E. G. und Siemens. In der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft standen beiden je zwei Aufsichtsratssitze zu. Nach Auflösung von Auer zwecks Gründung der Osramgesellschaft unterliegen die Unternehmungen der Wolfram A.-G. gemeinsamer Kontrolle von Siemens und A. E. G.

Ob sich diese zahlreichen Fäden, die von dem einen Elektro-Montantrust zum andern laufen, einmal zu einem engeren Zusammenschluß beider Konzerne verdichten, muß die Zukunft lehren. Die jüngsten Bemühungen der A. E. G. zur Ausdehnung ihrer Rohstoffgrundlagen kommen einer solchen Entwickelung ebenso entgegen wie die umgekehrten Bestrebungen von Siemens-Rheinelbe-Union, Weiterverarbeitung und Verfeinerung in immer größerem Umfang zu betreiben.

Der Zuwachs, den der Stinnestrust in dieser Hinsicht durch die Aufnahme der Siemens-Schuckertgruppe erhalten hat, erstreckt sich auch auf die Bergmann-Elektr.-Werke A.-Ges. und die ihr angeschlossenen Unternehmungen (Schiffsunion El.-Ges. für Kriegs- und Handelsmarine m. b. H., Berlin; Bayrische Überlandzentrale A.-G., Haidhof; Bergmann Elektr.-Unternehmungen A.-G.), denn bei ihr ist Siemens Großaktionär. Siemens & Schuckert haben bestimmenden Einfluß auf viele große Abnehmerfirmen z. B. Kraftzentralen wie die Hamburger Elektrizitätswerke, Elektr. Straßenbahn Elberfeld-Barmen, Fränkische Überlandwerke, Großkraftwerke Franken, Kraftwerk Thüringen, Überlandzentrale Südharz, Nordböhmische Elektrizitätswerke, A.-G. Wiener Lokalbahn und andere mehr.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Wirtschaft und Politik — Richtungen des Außenhandels

Lloyd George wird nicht müde, zu versichern, Simons begreife die Lage nicht; es handle sich nicht darum, neue Vorschläge zu machen, sondern Mittel und Wege zu finden, die Pariser Beschlüsse zu erfüllen. Die Pariser Beschlüsse sind unerfüllbar, darüber ist man sich nicht nur in Deutschland klar, das weiß man auch in England ganz genau; wenigstens wissen es doch die Sachverständigen. Das geht deutlich aus der Haltung und den Leitartikeln der Wochenblätter hervor. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge sind ja so einfach und ihre Mißachtung macht sich heute schon so sehr in England fühlbar, daß es geradezu schwer ist, sie zu verkennen. In dem vorigen Bericht über England wurde in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Labour Party hingewiesen. Der gemäßigte „Economist" und die extrem liberalen Blätter „Foreign Affairs" und „Common Sense" stehen auf demselben Boden wie die Labour Party; ihre Beurteilung ist sachlich und ökonomisch richtig. Mit Recht wirft der „Common Sense" neben der Frage der Möglichkeit der Zahlungen die andere auf, ob England überhaupt noch lange willens sein wird, Zahlungen entgegenzunehmen, die nur zu erhöhter Arbeitslosigkeit in England führen können. Daß Leute wie Ramsay Macdonald, George Lansbury, J. A. Hobson, die in „Foreign Affairs" zu Wort kommen, sich auf den Standpunkt einer internationalen Schuldenstreichung und friedlicher Einigung stellen, wird an sich niemand wundern, und diese Leute werden auch in gemäßigt konservativen Kreisen Englands nicht immer ernst genommen. Beachtenswert aber ist, daß ihre Argumentationen auch von anderen Finanzautoritäten vom wirtschaftlichen Standpunkt gebilligt werden. Ja, selbst die chauvinistische „Times" vermag Besorgnisse wegen der Folgen der Konfiskation von 50 % der Warenpreise deutscher Produkte (nebenbei bemerkt ein schreiender Wortbruch der englischen Regierung, auf den noch näher einzugehen sein wird) nicht zu unterdrücken, wie ein Blick in die City Notes lehrt:

> Am 8. März schrieb sie: „Die Folgen der Maßregel ließen sich noch nicht ganz übersehen," am 9.: „Die City hätte einen Einfuhrzoll bevorzugt," und am 10. schließt sie resigniert: „Es wird bekannt, daß tatsächlich alle deutschen Guthaben zurückgezogen sind, es handelt sich aber bloß um kleine Beträge."

Im übrigen wird aber dieser wirtschaftliche Standpunkt von der konservativen Presse nur ungenügend berücksichtigt. Mit Recht weist der ultraliberale „Manch. Guardian" darauf hin, daß Lloyd Georges oben zitierte Auffassung über Simons und die Deutschen insofern Berechtigung habe, als die ganze Frage in den Augen der leitenden Staatsmänner keine wirtschaftliche, sondern eine rein politische sei. So will jetzt Lloyd George eine wirtschaftliche Unmöglichkeit unterschreiben lassen! Daß der französische Ministerpräsident unverzüglich zurücktreten müßte, wenn es bekannt würde, daß er die Simonschen Vorschläge überhaupt nur wohlwollend prüfte, ist wohl zweifellos, aber das kann nicht genügen, um Lloyd George zu seiner Haltung zu bestimmen. Es geht ihm aber selbst nicht besser als Briand, nicht weil man in England immer noch chauvinistisch ist, sondern weil er hofft, aufs neue eine chauvinistische Atmosphäre zu erzeugen, die allein ihn in der Führung erhalten kann.

Die Absage des amerikanischen Präsidenten Harding an Europa richtet sich offenbar zunächst gegen die englischen Bestrebungen, eine Schuldenstreichung durchzusetzen; sie trifft in erster Linie Lloyd George, in zweiter Linie aber nicht minder schlimm Deutschland und Frankreich. Daß Lloyd Georges Politik in Irland vollkommen versagt hat, nimmt immer mehr die öffentliche Meinung gegen ihn ein. Die Frage der Sparsamkeit im Staatshaushalt hätte der Regierung am 24. 2. beinahe eine Niederlage gebracht; der „Common Sense" geht zwar wohl zu weit, wenn er glaubt, die Regierung wäre alsdann zurückgetreten, denn in der gegenwärtigen schwierigen Lage hätte sich sicherlich ein Ausweg ohne Personaländerung finden lassen, aber gerade dieser Vorgang läßt erkennen, wie sehr eine schwierige internationale Lage für den Fortbestand der jetzigen Regierung eine conditio sine qua non ist. Daß Lloyd George das englische Wirtschaftsleben gefährdet und den Wiederaufbau durch unmögliche wirtschaftliche Forderungen in Frage stellt, scheint ihn jetzt noch wenig zu interessieren, dürfte ihm aber über kurz oder lang verhängnisvoll werden. Ob ihm das verborgen bleibt?

Wenn in den nachfolgenden Zeilen zur weiteren Erläuterung der wirtschaftlichen Bedeutung der Auslandsmärkte für das englische Volk die Außenhandelszahlen nach Ländern zur Wiedergabe gelangen, und daraus allerlei Antworten auf schwebende Fragen gezogen werden können, so sind wir uns völlig klar, daß diese wirtschaftlichen Erörterungen und Folgerungen in England ebenso wenig übersehen werden wie bei uns, aber daß man eben angesichts der vermeintlichen politischen Notwendigkeiten in der gegenwärtigen englischen Regierung ihnen gegenüber bewußt die Augen zudrückt.

*

Die vor kurzem erschienenen Ziffern des englischen Außenhandels, nach Ländern geordnet, geben den Schlüssel zu mancherlei Fragen, die im Laufe des verflossenen Jahres aufgetaucht sind.

In der folgenden Tabelle wird gezeigt, wie sich die Handelsbilanz (nach Ländergruppen dargestellt) im Laufe der beiden letzten Jahre im Vergleich zu 1913 gestaltet hat.

Englands Handelsbilanz nach Ländern (in Mill. £):

	1913		1919		1920	
	Überschuß der Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der Einfuhr	Ausfuhr
Europa	68,3	—	—	279,7	—	165,9
Ver. Staaten v. A.	83,1	—	480,8	—	437,3	—
Andere Länder	—	11,5	98,9	—	73,5	—
Brit. Besitz. u. Dom.	—	6,0	369,2	—	33,8	—
Gesamteinfuhrüberschuß	133 9		669,2		378,8	

1913 bezog England aus Europa und den Vereinigten Staaten mehr als es dorthin lieferte. Nach allen andern Ländern führte es mehr aus als ihm geliefert wurde. Der Gesamteinfuhrüberschuß betrug 133,9 Mill. £. Im Jahre 1919 und 1920 ist an Stelle des Einfuhrüberschusses ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nach Europa getreten; aus allen andern Ländern und Erdteilen erhält England gewaltige Warenmengen mehr als es dorthin entsendet.

Der starke Rückgang im ungünstigen Saldo der Handelsbilanz im Jahre 1920 verglichen mit 1919 beruht fast ausschließlich auf dem Rückgang an Bezügen aus den englischen Kolonien und Dominions — keine erfreuliche Erscheinung vom englischen Standpunkt, da das Band, das das Mutterland mit den Dominions verbindet, mehr wirtschaftlicher als politischer Natur ist und somit durch die Unfähigkeit Englands, die Produkte der Dominions zu verbrauchen, leicht gelockert werden kann. Die Erklärung für den schlechten Stand des Pfund-Sterling-Wechsels (immer noch etwa 20 % unter Goldpari) wird durch diese Zusammenfassung nach Länderkomplexen gegeben. Die politischen Grenzen sind für die Gestaltung der Wechselkurse sekundärer als früher, die der Wirtschaftskomplexe primärer; es gibt einen europäischen, amerikanischen, ostasiatischen Wechselkurs usw. England ist ein Teil Europas und leidet mit ihm, und hat teil an seiner schlechten Handelsbilanz.

Außenhandel mit dem Kontinent nach Ländern (deren Kolonien einbegriffen) einschl. Wiederausfuhr in Mill. £:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1919	1920	1913	1919	1920
Frankreich	49,5	52,6	82,6	32,4	155,4	146,6
Italien	8,1	14,7	17,9	14,6	27,8	39,7
Schweiz	11,1	14,9	37,0	4,2	13,6	12,6
Spanien	16,0	39,3	42,5	9,7	12,7	23,2
Portugal	3,9	14,7	10,5	6,1	9,6	17,7
Belgien	23,4	11,0	45,8	13,5	49,3	50,1
Deutschland	80,4	000,9	31,1	40,7	14,7	21,7
Österreich-Ungarn	7,7	000,5	2,6	4,5	1,5	4,0
Griechenland	2,2	10,7	6,8	2,5	6,9	12,8
Rumänien	2,0	—	3,2	1,9	5,6	7,1
Türkei (europäische)	1,2	2,7	3,1	2,4	12,3	18,9
Rußland	40,3	16,7	34,2	18,1	12,8	11,9
Schweden	14,2	35,6	56,4	8,2	24,4	39.3
Norwegen	7,4	17,1	23,9	6,1	27,4	33,4
Dänemark	24,1	9,8	31,7	6,1	35,0	31,7
Niederlande	27,9	44,1	74,3	22,3	43,4	71,5
Zusammen	319,4	284,4	503,5	193,9	452,3	542,2

Gegen die 80 Mill. £, die Deutschland an England im Jahre 1913 lieferte, bezog es damals rund 41 Mill.; heute ist das Verhältnis etwas günstiger für England geworden, aber trotz der Entwertung des Pfundes sind die deutschen Bezüge nur halb so groß wie früher. Es ist anzunehmen, daß die stark gestiegene Einfuhr der an Deutschland grenzenden neutralen Länder in Wirklichkeit Deutschland zugute kommen, denn die Länder selbst dürften die im Krieg gelichteten Warenläger längst wieder gefüllt haben; so gehen dem Engländer durch die unsichere Lage Zwischengewinne verloren, die der Holländer, Däne und Schweizer gern einsteckt. Beachtenswert in der Zusammenstellung ist das starke Anwachsen der Einfuhr aus Rußland im Jahre 1920, die durch Ausfuhr höchstens über Schweden und Norwegen ausgeglichen worden sein kann. Ferner ist eine allgemeine Verschiebung der Absatz- und Bezugsquellen in Europa aus dieser Tabelle zu entnehmen.

Außenhandel mit außereuropäischen Ländern (einschließlich Wiederausfuhr) in Mill. £:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1919	1920	1913	1919	1920
Ver. Staaten v. A.	143,9	546,7	569,7	30,5	34,4	78,5
Kuba	3,7	17,4	25,6	2,2	2,0	7,2
Mexiko	1,9	7,2	13,5	2,3	1,3	4,3
Argentinien	42.5	81,8	128,0	22,6	21,2	42,8
Brasilien	10,0	10,9	12,1	12,5	10,8	24,3
Chile	5,4	7,3	13,0	6,0	4,8	9,7

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1919	1920	1913	1919	1920
Peru	3,2	8,9	14,6	1,5	1,7	4,7
Uruguay	2,7	10,5	7,1	2,9	3,2	5,9
Japan	4,4	23,9	29,9	14,8	12,8	26,3
China	4,7	23,1	26,9	14,8	21,0	43,5
Türkei (asiatische)	4,3	6,8	9,0	5,3	9,9	18,9
Andere Länder (ausschl. brit. Kolonien)	9,9	18,6	23,0	10,7	17,3	25,6
Zusammen	236,4	763,0	872,5	126,4	140,4	291,0

Für die außereuropäischen Staaten ist das Charakteristikum das erstaunliche Anwachsen der Bezüge bei nur geringer Veränderung der Lieferungen. Eine Reduktion auf das Preisniveau von 1913 würde für die meisten Ausfuhrgebiete sicherlich einen Rückgang in der tatsächlichen Warenmenge ergeben, so vor allem im Fall der Vereinigten Staaten, Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Japans.

In der letzten Tabelle sind die englischen Besitzungen nicht mitenthalten, die in ihrer Gesamtheit aus der ersten Zusammenstellung ersichtlich sind, im einzelnen aber gern übergangen werden können. Die Wiederausfuhr war in den einzelnen Jahren nicht unerheblich. Sie betrug im Jahre 1913 109,5, 1919 164,3, 1920 222,4 Mill. £. Auffallend ist, daß die Wiederausfuhr nach Deutschland dem Werte nach von rund 20 Mill. im Jahre 1913 auf 29,4 Mill. £ im Jahre 1920 gestiegen ist; Englands Stellung als Zwischenhändler scheint sich also sogar Deutschland gegenüber damals wieder durchgesetzt zu haben; die Wiederausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist von 30 auf 54 Mill. gestiegen, nach Frankreich von 12,1 auf 40,1 und nach Belgien von 7,4 auf 19,5. Auch diese Länder scheinen sich also noch nicht von dem englischen Zwischenhändler emanzipieren zu können, aber auch hierin wird, wenn die englische Regierung fortgesetzt die wirtschaftlichen Bedingungen ignoriert und sie ihrer Politik unterordnet, fraglos eine Wendung eintreten.

Dr. Th. Plaut

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Der Ausweis der New Yorker Clearing House Banken

Solange New York im internationalen Handel und Verkehr seine heutige Stellung behauptet, wird es auch für uns in Deutschland nötig sein, die Entwicklung des New Yorker Geldmarktes mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Zu dessen Verständnis aber sind die Ausweise der New Yorker Clearing-House Banken und der New Yorker Bundesreservebank die wichtigsten Schlüssel.

In der Regel wird in Deutschland nur der Ausweis der Clearing House Banken veröffentlicht. Da er nicht ohne weiteres richtig zu deuten ist, mag eine Erläuterung seiner einzelnen Posten wohl am Platze sein.

Eine vergleichende Nebeneinanderstellung des Ausweises in der deutschen Form (Wolff-Büro) und seiner Form in der amerikanischen Presse (entnommen dem Commercial- and Financial Chronicle, New York) möge die Ausführungen verdeutlichen. Wenn sich hierbei einige Abweichungen der Wolffschen Darstellung von dem amerikanischen Original ergeben, so wird wohl eine Richtigstellung der Irrtümer nicht unerwünscht sein.

Tabelle 1. New Yorker Clearing House Banken am 18. Dezember 1920
Durchschnittszahlen für die Woche vom 12. bis 18. Dezember.

In Mill. $		Loans, discounts, investment &c.	Cash in vault	Reserve with legal dispositaires	Net demand deposits	Net time deposits	Nat. Bank circulations	Reserve position: Cash reserve in vault	Reserve in dispositaires	Total reserve	Reserve required	Surplus-reserve
„Mitgliedsbanken" im F. R.-System		5037,19	96,94	546,77	3965,06	202,35	34,87	—	546,77	546,77	251,53	25,25
Staatenbanken	„Nichtmitgliedsbanken"	96,89	7,47	4,79	56,53	41,73	—	7,47	4,79	12,26	10,18	2,08
Trustcos	„Nichtmitgliedsbanken"	70,96	1,94	4,52	42,65	1,71	—	1,94	4,52	6,46	6,40	0,06
		5235,04	106,36	556,08[1]	4064,25	245,79	34,87	9,41	556,08	565,50	538,10	27,39

[1]) Excl. U. S. government deposits 89,88 Mill. $.
Bills payable, rediscounts acceptances and other liabilities 1182,98 Mill. $.

Tabelle 2. New Yorker Bankausweis (Wolff) v. 18. 12. 20 nach „Frankfurter Zeitung"

1. Vorschüsse	5735,04[2])	6. Kurzfrist. Deposit.	4064,25
2. Barvorrat, eigner	96,94	7. Langfrist. „	245,79
3. „ d. Bundesres.	565,50	8. Depositen insges.	4310,04
4. „ and. Banken.	27,39	9. Notenumlauf	89,88
5. „ zusammen	689,83	10. Surplusreserve	34,87

[2]) Druckfehler! richtig heißt die Zahl 5235,04.

Die Mitglieder des Clearing-Houses setzen sich aus verschiedenen Banktypen zusammen: aus den notenemittierenden Nationalbanken, die unter Bundesgesetzgebung stehen, und den Staatenbanken und Trustkompagnien, beide unter der Gesetzgebung des Staates New York. Bis auf geringe Ausnahmen gehören alle dem Bundesreservesystem an. Die Nationalbanken mußten sich, gezwungen durch das Gesetz von 1913, durch Aktienübernahme an der New Yorker Bundesreservebank beteiligen; die größeren Staatenbanken und Trustkompagnien haben sich in den ersten Kriegsmonaten in Erkenntnis der Bedeutung ihrer Mitgliedschaft für die Sicherheit des gesamten Banksystems ebenfalls angeschlossen. Nur wenige Banken (3 Staatenbanken, 2 Trustkompagnien) stehen noch außerhalb. Sie werden in den Ausführungen als „Nichtmitgliedsbanken" bezeichnet werden, gegenüber den anderen (47) „Mitgliedsbanken".

So entstehen zwei Gruppen von Banken nebeneinander, die besonders in der für die Beurteilung des Ausweises zentralen Frage der Reservehaltung verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen.

Jetzt zu den Posten im einzelnen, und zwar an Hand der Wolffschen Wiedergabe.

1. Vorschüsse = loans, discounts, investments &c. Hierunter sind zusammengefaßt: die Kredite, die gegen (Sola-) Wechsel an Handel und Industrie gewährt werden (discounts), der Eigenbesitz der Banken an Effekten und Hypotheken (investments &c.) und die Lombarddarlehen an die Börse (loans). Auch der Bestand der Banken an Schatzwechseln dürfte unter diese „Vorschüsse" zu rechnen sein.

An Umfang überwiegen durchaus die „discounts". Der beweglichere Faktor sind jedoch die täglichen fälligen Börsendarlehen; sie sind in ständigem Abnehmen begriffen seit dem Höhepunkt im Juli 1919 und machen gegenwärtig bei einem Gesamtbestande an Vorschüssen von 5,2 Milliarden $ noch etwa 0,7 Milliarde $ aus (gegenüber 1,75 Milliarden $ im Juli 1919). Die Politik der Regierung und der Banken ist darauf gerichtet, diesen Betrag noch weiter einzuschränken, um den dadurch frei werdenden Kredit statt wie bisher der Effektenspekulation, nunmehr der Produktion und dem Handel zur Verfügung zu

stellen. Die wiederholten schweren Liquidationen der New Yorker Börse und die Kurssenkungen, sowie die teilweise recht hohen call money Sätze finden einen ihrer Gründe in dieser Kreditpolitik.

2. Eigner Barvorrat = cash in vault der „Mitgliedsbanken". Die Bedeutung dieses Postens für die Liquidität der Clearing-House Banken ist nicht groß, da die Kassenbestände der „Mitgliedsbanken" bei der Berechnung der Reserve nicht mitgezählt werden.

3. Barvorrat der Bundesreserve = Total reserve. Die deutsche Bezeichnung ist in doppelter Hinsicht irreführend, denn weder handelt es sich um Vorräte an barem Geld, noch hat die „Bundesreserve" irgend etwas damit zu tun.

Der Posten entspricht vielmehr den Beständen an Guthaben und Kassenvorräten, soweit sie als Reserve gerechnet werden. Er setzt sich wie folgt zusammen:

a. im Falle von „Mitgliedsbanken" (G. v. 22. 6. 17)
13 % der kurzfristigen Depositen,
3 % der langfristigen Depositen,
zu halten als Guthaben bei der zuständigen Bundesreservebank;

b. im Falle von „Nichtmitgliedsbanken" (G. v. 16. 4. 14)
für Staatenbanken 18 % sämtlicher Depositen,
davon 12 % „on hand", 6 % „on deposit",
für Trustkompagnien 15 % sämtlicher Depositen,
davon 10 % „on hand", 5 % „on deposit".

Regelmäßig halten die Banken eine etwas größere Reserve, um sich Bewegungsfreiheit in ihrer Geschäftstätigkeit zu sichern.

Charakteristisch ist die Verbindung der Reserve mit dem Passivposten der Depositen, während in Deutschland Reservehaltung nur in bezug auf Noten vorgeschrieben ist. Man geht hier von der Einsicht aus, daß die Depositen ebenso wie die Noten von Notenbanken zu einem guten Teil ad hoc geschaffene Zahlungsmittel darstellen, die dann wie bares Geld umlaufen (schon 1908 wurden etwa 90 % aller Zahlungen in den Vereinigten Staaten durch Überweisungen und im Clearing-Verfahren erledigt).

Die Verschiedenartigkeit der Reservebestimmungen für die beiden Gruppen der Clearing-House Banken erklärt sich aus der eigentümlichen Stellung der Bundesreservebank. Sie darf nur ihren „Mitgliedsbanken" Wechsel diskontieren. Diese können sich also bei starken Anforderungen an Geldzeichen durch Rediskontierungen Bundesreservenoten verschaffen. Sie können weiter ihre Guthaben bei der Bundesreservebank, also ihre Reserve, jederzeit durch Rediskontierungen verstärken und dann ihren Bestand an Depositen, d. h. ihre Vorschüsse, ausdehnen. So haben sie infolge ihrer Mitgliedschaft im Bundesreservesystem einen derart starken Rückhalt, daß man auf Vorschriften über eigene Kassenvorräte glaubte verzichten zu können. Die Beziehungen der Bundesreservebank zu „Nichtmitgliedsbanken" dagegen beschränken sich auf gelegentlichen Wechselankauf im offenen Markt; regelmäßige Rediskontierungen, selbst durch Vermittlung von „Mitgliedsbanken", sind nicht gestattet. So müssen hier die Reservevorschriften strenger sein.

4. Barvorrat anderer Banken = Surplus reserve. Die deutsche Bezeichnung entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr haben wir hier jenen Teil der Reserven vor uns, den die Banken über die vorgeschriebene Mindestgrenze hinaus halten.

5. Barvorrat zusammen. Eine derartige Addition ist unzulässig, wie sich aus den Ausführungen zu 2—4 ohne weiteres ergibt.

6. Kurzfristige Depositen = net demand deposits. Darunter fallen folgende Größen:

a. individual deposits, d. h. Guthaben von Privaten und Firmen und Kredite, die in Buchform an Börse und Unternehmer gewährt werden;

b. bankers' deposits, d. h. Guthaben von Banken und Sparkassen von New York und dem Inlande.

7. Langfristige Depositen = net time deposits. Dieser Posten umfaßt im wesentlichen Sparguthaben, soweit sie dreimonatlicher Kündigungsfrist unterliegen.

8. Depositen zusammen. Zur Beurteilung der Liquidität der Banken ist eine Addition der beiden Depositenarten ohne Belang, da, wie ausgeführt, bei der Mehrzahl der Banken die Reservevorschriften für sie völlig verschieden sind.

9. Notenumlauf = Regierungsdepositen. Völlig unverständlich scheint es, wie im deutschen Ausweis dieser Posten zu der Bezeichnung „Notenumlauf" gelangt ist.

Die Regierungsdepositen werden gesondert aufgeführt, da seit 1908 die Banken keine Reserven für sie zu halten brauchen. Sie entstehen in erster Linie durch Erwerb von Schatzwechseln seitens der Banken, und das Schatzamt vermeidet tunlichst ihre Übertragung an die Bundesreservebank, um nicht den privaten Geldmarkt durch plötzliche Entziehung so großer Summen zu beunruhigen. Trotzdem sind sie starken Schwankungen ausgesetzt.

10. Surplusreserve = Notenumlauf. Daß hier ein Irrtum der deutschen Bezeichnung vorliegen muß, ergeben neben einem Vergleich der absoluten Zahlen auch die geringen Veränderungen, die die unter dieser Rubrik angeführten Zahlen allwöchentlich aufweisen.

Die Surplusreserve — vgl. sub. 4 — schwankt selbstverständlich stark mit dem Umfang der Kreditansprüche und der Rediskontierungen. Der Eigenart des Notenumlaufs der Nationalbanken dagegen entspricht eine gewisse Stetigkeit. Diese Noten dürfen nur emittiert werden soweit sie durch Staatsschuldverschreibungen, hinterlegt im Schatzamt, gedeckt sind. Der Kurs der allein in Frage kommenden 2 % bonds steht entsprechend der starken Nachfrage stets erheblich über seinem „natürlichen" Wert. So beschränken sich die Nationalbanken regelmäßig auf den gesetzlich zulässigen Mindestbestand an bonds und sind nicht fähig, den Notenumlauf mit dem Wechsel der Kreditbedürfnisse auszudehnen und zusammenzuziehen. —

Zuletzt noch ein Wort über einen wichtigen Posten, der nur in der amerikanischen Fassung enthalten ist: bills payable, rediscounts, acceptances &c.

Da die Clearing House Banken in erster Linie ihre Kredite durch Gutschrift erteilen, Hingabe eigner Noten nicht in nennenswertem Umfang möglich ist, so erscheint ein Wachsen der Vorschüsse über den Depositenbestand kaum möglich. Der Ausweis dagegen zeigt einen Größenunterschied zugunsten der Vorschüsse von mehr als 1 Milliarde $.

Die Erklärung hierfür gibt dieser letzte Posten „bills payable &c." Die letzte Milliarde der Vorschüsse stellt zu einem Teil Akzeptkredit dar, zu einem andern Teile Wechsel, die, um Bundesreservenoten zu erhalten, als Sicherheit für eigene Verschuldung bei der Bundesreservebank benutzt worden sind. (Die Wechselbestände der Bundesreservebank sind vor allem Eigenwechsel von „Mitgliedsbanken", gesichert durch Government war obligations.)

*

Im allgemeinen zeigt uns der Ausweis die ungeheure Anspannung, in der sich gegenwärtig das ganze Banksystem des Landes befindet.

Zum Vergleich sei angeführt, daß im Juli 1914 der Gesamtbestand an Vorschüssen der Clearing House Banken 2 Milliarden $ kaum überstieg.

Und in der Tat werden jetzt große Anforderungen an die Banken der Vereinigten Staaten gestellt. Neben der schwebenden Schuld der Regierung von 24,175 Milliarden $ (30. 11. 20) gilt es bei erhöhtem Preisniveau vermehrte Umsätze zu finanzieren und außerdem durch ausgedehnte Kreditgewährung an Europa und inländische Ausfuhrfirmen den gewaltigen Exportüberschuß (6,6 Milliarden $ vom 1. 1. 19 bis 15. 9. 20) zu ermöglichen.

M. Sch.

NB. Der Wortlaut des Ausweises in den Hamburger Zeitungen ist annähernd der gleiche. Die „Hamburger Nachrichten" bezeichnen Posten 3. als „Barvorrat der Bundesreservebanken", der „Hamburgische Korrespondent" denselben Posten als „Gesetzliche Zahlungsmittel der Bundesreservebanken". Außerdem bezeichnet der Korrespondent den Posten 4. als „Gesetzliche Zahlungsmittel der anderen Banken". Doch ist man, wie sich aus obigen Ausführungen ohne weiteres ergibt, durch diese Abweichungen dem Wesen der Sache nicht näher gekommen.

Lettland

Der baltische Bund — Der verfehlte Staatssozialismus — Das Flachsgeschäft der Regierung — Mißgriffe und Aussichten

Das junge Staatswesen der lettländischen Republik kann sich noch immer nicht als ungefährdet betrachten. Wohl ist die außenpolitische Stellung Latwijas günstig: der Staat ist de facto und de jure von allen Großmächten — mit Ausnahme der Vereinigten Staaten — anerkannt worden und hat Frieden mit allen seinen Nachbarn. Es ist der Geschicklichkeit des Außenministers Meijerowitsch gelungen, Vertrauen und sogar ein gewisses Wohlwollen beim Hohen Rat der Alliierten zu erringen. Die weiteren Ziele des Ministers gehen darauf hinaus, einen baltischen Bund zu schaffen, der von Finnland bis Polen, und vielleicht auch Rumänien, reichen soll. Diese neue und kleinste Entente cordiale verfolgt militärische und wirtschaftliche Zwecke: man will sich gegen Sowjetrußland sichern, gegenseitig die Unverletzlichkeit seiner Gebiete garantieren und den gemeinsamen Handel fördern. Ein Hindernis bildete jedoch bisher die Haltung Polens, der Konfliktsfall Wilna und eine ganze Reihe annexionistischer Ansprüche dieser unersättlich-chauvinistischen Regierung, „des größten Militärstaates Europas". Ob es tatsächlich gelingen wird, den Gegensatz zwischen Polen und Litauen auszugleichen, ist sehr fraglich; so sehr ein baltischer Bund auch sonst den Interessen Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens entspricht: ohne Polen will es nicht recht gelingen und mit Polen ist es zu gefährlich. Polen ist willenloser Trabant des französischen Imperialismus und eine irgendwie gestaltete Abhängigkeit von Polen würde die neutrale, vorsichtige und nicht ungeschickte Außenpolitik der anderen baltischen Staaten gefährden. Denn irgendwelche aggressive Tendenzen kann Lettland sich nicht leisten: es hat sich hineingeschoben zwischen zwei große Wirtschaftskörper: Deutschland und Rußland und sein Gedeihen hängt nicht vom Wohlwollen der Entente, sondern von der Regelung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den beiden Nachbarn ab. Seine Politik kann daher nur die der Vermittlung zwischen West und Ost, nicht der Stellungnahme für und gegen sein. Die Polen jedoch wollen eine Barriere schaffen, die Deutschland und Rußland voneinander völlig absperren soll, sie wollen aggressiv nach beiden Fronten bleiben — und die baltischen Staaten zu einer Festung umschaffen. Demgegenüber muß bedacht werden, daß es ja nicht nur nackte Eroberungsziele gewesen sind, die Rußland vor 200 Jahren an die Ostsee vordringen ließen und daß diese gleichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch heute noch nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt haben. Jede Politik, die dieser Tatsache nicht Rechnung trägt, wird früher oder später die verhängnisvollsten Folgen haben; ein baltischer Bund, der Rußland gewaltsam von der Ostsee abriegelt, führt eine Verewigung der Balkanisierung Osteuropas herbei. Ein Bündnis jedoch, welches der wirtschaftlichen Kräftigung der Ostseestaaten dient und Wege sucht, um den Verkehr mit und nach Rußland zu regeln und die neuen Republiken so zu wirtschaftlichen Vororten, geöffneten Toren für die russische Ein- und Ausfuhr ausbaut, — könnte gewiß von größter Bedeutung für den Wiederaufbau Osteuropas werden. Denn die baltischen Staaten waren ja noch kürzlich ein gemeinsamer Wirtschaftskörper und können heute, beim Darniederliegen ihrer produktiven Kräfte, der Verarmung und teilweisen Entvölkerung großer Gebiete, in wirtschaftlicher Beziehung nicht allein stehen. Finnland nimmt hier naturgemäß eine Ausnahmestellung ein, Eesti und Latwija kommen jedoch mit eigenen Kräften nicht hoch. Es fehlt besonders an geistiger Kraft, an tatkräftiger Beherrschung der Situation, an richtiger Erkenntnis der ökonomischen Bedingungen der kleinen Staaten. Als vor drei Jahren die Stunde der Selbständigkeit, d. h. des wirtschaftlichen Allein-auf-sich-angewiesen-seins, schlug, da hätte man mit allen Kräften an den Wiederaufbau dessen gehen müssen, was es an eigener Produktion, an örtlicher Industrie, an Handelsinstitutionen, Beziehungen usw. gab. Statt dessen zog man es vor, zuerst einmal sozialpolitische und administrative Experimente zu machen. Man unterband in Lettland die Privatinitiative fast völlig und war bemüht, eine besondere Form radikalen Staatssozialismus zu schaffen, wofür alle, aber auch alle Voraussetzungen fehlten. Weder gab es unter den Letten weitblickende und kenntnisreiche, geschweige denn erfahrene Wirtschaftspolitiker, noch Administratoren, Beamte, Verwalter. Der Staat, d. h. Regierung und Beamtenschaft, wollten alles selbst machen, verwalten, produzieren, Handel treiben und jede Einzelheit des Verkehrs regeln. Man wollte nicht unvorsichtig sein, man wollte sorgfältig erscheinen und alles können: also schuf man ein System der Bevormundung, der Überadministrierung, welches alle Möglichkeiten des freien Handels erstickte. Und was man dann noch selbst unternahm, mißriet ebenso, denn die Ministerien wie die Kanzleien, Kommissionen und Sachverständigen waren ihren Aufgaben nicht gewachsen. Was dem ortsansässigen Kaufmann, — dem kleinen und großen Händler, Exporteur und Fachmann — sicherlich gelungen wäre: den Verkauf des Hauptexportartikels, des Flachses, gewinnbringend zu gestalten, zum Nutzen der Flachserzeuger, also der Mehrheit der Bauernschaft, und der Handelsbilanz, — der Regierung mißlang dieses Flachsgeschäft völlig. Holz und Flachs sind die, vorläufig einzigen, Waren, mit derem Ertrage Lettland seinen großen Bedarf an Auslandswaren bezahlen kann. Es wäre daher an und für sich gerechtfertigt gewesen, wenn die Regierung, im Interesse der Allgemeinheit und der Staatsfinanzen diese Artikel monopolisiert hätte. Die Art jedoch, wie das Flachsmonopol ausgenutzt wurde, war denkbar ungeschickt. Sie überließ den kommissionsweisen Verkauf der National Metal and Chemical Bank und sandte große Partien Flachs nach London, die dort verkauft werden

sollten. Bei den damaligen Weltmarktspreisen wäre es möglich gewesen, den hochwertigen lettländischen Flachs zum Preise von 400 £ pro Tonne zu verkaufen. Die genannte Bank hielt jedoch den Flachs zurück, geriet in Konflikte mit den englischen Spinnern und verpaßte eine Gelegenheit nach der anderen. Heute lagern ca. 4000 t Flachs in London, der Preis ist auf 70 £ pro Tonne gesunken, die Lagermiete, Versicherung usw. verschlingen große Summen — und der lettländische Staat erleidet Verlust über Verlust. In Riga lagern so große Mengen Flachs, daß eine weitere Abnahme desselben von den Produzenten nicht stattfindet. Die Preise, die bisher den Produzenten gezahlt wurden (7000 lett. Rbl pro Schiffspfund) können heute nicht mehr in Frage kommen, — die Verluste der Regierung ebensowohl wie die der Produzenten sind daher noch gar nicht zu übersehen. Gleiche Erfahrungen hat auch die litauische Regierung mit der National Metal and Chemical Bank gemacht, — dennoch will die lettländische Regierung die Beziehungen zu dem englischen Konsortium nicht lösen und erwägt eine ganze Reihe anderer Projekte, die diese Bank ihr vorgeschlagen hat. Es soll ein starres Flachs- und Holzmonopol verewigt werden, es soll aber außerdem der gesamte lettländische Außenhandel zu einem Handelsmonopol der Regierung resp. ihrer Agenten der National Metal and Chemical Bank werden. Die Bank will „der lettischen Nation die Möglichkeit geben, ihre eigenen Ressourcen zu entwickeln, um die Gewinne, die sich daraus erzielen lassen, dem Lande in dessen Gesamtheit zuzuführen". Alle Erträge aus dem Verkauf des Flachses und des Holzes sollen durch die Bank und die Regierung gehen und alle Auslandskäufe gleichfalls durch eine von beiden Kontrahenten zu schaffende Kommission getätigt werden. Es ist eine restlose Vertrustung des gesamten Außenhandels damit geplant und dies von einer Regierung, die sich bisher noch in jeder Wirtschaftsfrage als schlecht beraten oder unfähig erwiesen hat. Der fiskalische Protektionismus des Finanzministeriums hat eine unzweckmäßige Steuerpolitik, außerordentlich störendes Lizenzensystem für die Ein- und Ausfuhr und Valuta usw., eine sinnwidrige Hemmung jeder Betätigung der eigenen Wirtschaftskräfte getrieben und im Resultate neben enormen Verlusten nicht mehr erreicht, als daß ein £ im Januar 1920 gleich 215 lett. Rbl, im Januar 1921 — 725 lett. Rbl, heute rund 900 lett. Rbl galt. Nunmehr will man durch ein ganzes System von Holz-, Flachs-, Emissionsbank- und anderen Verträgen mit der genannten Bank für den Preis von 500 000 £ — zur Gründung einer Emissionsbank sofort und die gleiche Summe nach Erfüllung eines Teiles des Lieferungsvertrages von Rohstoffen — den größten Teil der Erzeugung und den ganzen Handel auf ein Jahrzehnt monopolisieren. Die „Rig. Rundschau" hat Recht, wenn sie dazu erklärt, man wolle „die Ursache unseres Elends zum Heilmittel unserer Krankheit erheben" („R. R." Nr. 9). Dieses große Projekt wird demnächst der konstituierenden Versammlung zur Entscheidung vorgelegt werden, bis dahin ist die Regierung bemüht, mit einer Reihe von anderen englischen Firmen ähnlich weitreichende Verträge abzuschließen. So ist mit der Firma „Timber Operators and Contractors Ltd. London" vereinbart worden, daß diese 20 000 Standard Holz aus den Dondangenschen Wäldern exportieren dürfe. Auch andere englische Handelsorganisationen sind bemüht, den lettländischen Export restlos zu erfassen, auf das Entgegenkommen der Regierung hoffend. Den freien Handel zieht es keineswegs gerade zu den Engländern, die Regierung scheint jedoch von ihren Monopolisierungstendenzen nicht lassen zu können. — Andrerseits scheint man aber doch in letzter Zeit einige der gemachten Fehler ausgleichen zu wollen. So beabsichtigt man die Freigabe des Valutaverkehrs und die Aufhebung der 1 % Steuer auf die auszuführende ausländische Valuta, ebenso soll das Recht des Versorgungsministeriums, 25 % aller importierten Waren gegen Erstattung des Fakturenwertes plus 5 % Aufschlag zu requirieren, gleichfalls aufgehoben werden. Die Demission des für das geschilderte Flachsgeschäft der Regierung in erster Linie verantwortlichen Finanzministers K. Purin ist ein weiteres Zeichen beginnender Erkenntnis und hoffentlich bald einsetzenden Umschwungs zugunsten des freien Handels.

Als ebenso mißlungen, wie die Finanzpolitik, ist auch die Agrarpolitik der Regierung zu bezeichnen. Das System eines mißverstandenen Staatssozialismus feierte auch hier nominelle Erfolge — um der Landwirtschaft die größten Hemmungen zu bereiten. Aus engnationalistischen Gründen sind die großen Landgüter enteignet worden und in staatliche Bewirtschaftung genommen worden. In praxi heißt dies: die Großgrundbesitzer sind der Möglichkeit beraubt, ihre früher teilweise sehr gut verwalteten Güter weiterhin zu bewirtschaften, die Bauern haben nicht viel davon gehabt und die Staatsbeamten, Pächter usw. bringen vorläufig noch nichts zustande. Das Resultat ist also das gleiche wie bei allen Sozialisierungsversuchen im Osten, in Rußland, Estland, Polen: Rückgang der Produktion, Verarmung des Landes. Durch das Agrargesetz sind auch alle über Waldverkäufe abgeschlossenen Verträge für ungültig erklärt worden, wodurch der Holzhandel schwer geschädigt wurde und zum Teil fast völlig ins Stocken geraten ist. Die Industrie beginnt sich allerdings langsam zu beleben, jedoch behindern die sehr hohen Arbeitslöhne und die mangelhaften Arbeitsleistungen ein schnelleres Tempo beim Wiederaufbau. Die Handelsbilanz ist nach wie vor passiv. Um einige Anhaltspunkte zu geben, sei, in Ermangelung neuerer Daten erwähnt, daß die Einfuhr die Ausfuhr im August v. J. um 64 198 917 lett. Rbl, im September um 161 251 068 lett. Rbl übertraf. Für über 95 Mill. Rbl sind dabei in einem Monate Lebensmittel eingeführt; für einen Agrarstaat ein betrübliches Zeichen. Der größte Teil aller Waren ist nach England ausgeführt worden, vornehmlich Flachs und Holz. Für das Ausland wird Lettland ein Abnehmer von Nahrungsmitteln, Kohle, Eisen, Stahl, Kupfer, Maschinen, Werkzeugen, Chemikalien, Medikamenten, Wolle, Baumwolle bleiben; die Einfuhr aller dieser Waren ist unbeschränkt.

Das Wirtschaftsleben Lettlands ist auch deshalb noch nicht recht in Gang gebracht worden, weil dem Handel nach Rußland allzu große Schwierigkeiten im Wege stehen. Wohl exportieren einige rigasche Fabriken ihre Erzeugnisse nach Rußland, der Transithandel stockt aber noch und was aus Westeuropa ins Sowjetland gelangt nimmt den Weg über Reval. Allerdings beklagen sich die Russen (in der „Iswestija") darüber, daß Reval nur 100 000 Pud verschiffen könne und der Hafen mit Waren überfüllt sei, — der rigasche Hafen sei bei weitem geeigneter, jedoch nicht tief genug für große Schiffe und mit wenig ausreichenden Transportmitteln auf den Zufuhrwegen bedient.

So wenig günstig die Wirtschaftslage Lettlands zum Teil auch ist, so liegt dennoch kein Grund vor allzu pessimistisch in die Zukunft zu sehen. Die begangenen Fehler sind heute noch reparabel, Handel und Industrie ließen sich beleben, die Produktion außerordentlich steigern. Voraussetzung ist allerdings eine Abkehr von den bisherigen Methoden der Erdrosselung aller initiativfähigen Kräfte, Verzicht auf einen bureaukratischen Staatssozialismus, der außer Korruptionserschei-

nungen, Teuerung und Valutaverschlechterung noch keine positiven Früchte hervorgebracht hat. Der deutsche Handel und Unternehmungsgeist hätte alle Veranlassung, sich mehr um dieses Land zu kümmern und die Vorteile, die sich gerade den Deutschen bieten, auszunutzen. Lettland bedarf der Aufmunterung, tatkräftiger Hilfe und des wirtschaftlichen Schutzes vor den Ausbeutungstendenzen rücksichtsloser Aufkäufer. Es dürfte sich wahrhaftig lohnen, deutscherseits Entgegenkommen und Interesse zu bekunden, sich den dortigen Verhältnissen etwas mehr, wie bisher, anzupassen und daran zu denken, daß es sich ja nicht nur um den lettländischen Markt, sondern um den Vorort des großen russischen Hinterlandes handelt. Wer in Zukunft mit Rußland Handel treiben will, täte gut daran, zuerst in den Ostseestaaten Fuß zu fassen.

Dr. Hans von Eckardt

Finnland

Zur Lage des Einfuhrhandels

Der Wiederaufbau Finnlands hat bedeutungsvolle, wenn auch langsame Fortschritte zu verzeichnen. Der junge Staat hat seine unabhängige Daseinsberechtigung bewiesen und hat mit Ruhe und Sicherheit schwierige Hemmungen im Innern und nach außen überwunden. Die Wirtschaft hat sich den neuen Verhältnissen angepaßt und erweitert sich auf der neuen Grundlage. Die Produktion folgt den neuen Bahnen, die Güterverteilung vollzieht sich flüssiger und gleichmäßiger, der Ausfuhr sind alte Märkte zurückgewonnen und neue eröffnet, die Staatsfinanzen sind geordnet, die Einnahmen den Ausgaben angepaßt und die rücksichtslose Geld- und Kreditinflation eingeschränkt. Die erfolglose Valutahandelspolitik ist gefallen; die Wechselkurse der finnländischen Mark sind, obschon nicht günstig, so doch stabil; der Preisstand ist gegen denjenigen der Nachbarländer ausgeglichen, nachdem die Schranken der Außenhandelskontrolle zum größten Teil gefallen sind. Ein neuer Stein zur Befestigung des Valutamarktes und der Finanzen soll eine Regierungsanleihe bei schwedischen, norwegischen und dänischen Großbanken im Gesamtbetrage von 250 Mill. F*M* sein. In Schweden werden 6½ %ige Obligationen, lautend auf 5000 F*M* = 1500 Kr, die von 1927 an in fünf Jahren nach Wahl des Gläubigers in finnländischer oder schwedischer Währung zu tilgen sind, ausgegeben; mit der Anleihe ist eine Konsolidierung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Schweden, eine Bindung der zu spekulativen Zwecken an der Stockholmer Börse verwendeten finnländischen Valuta, und eine Festigung der Staatsfinanzen geplant. Die erstrebte Stabilisierung der Wechselkurse erscheint im Hinblick auf die Handelsbilanz des Jahres 1920 nicht aussichtslos; das Ergebnis des vorjährigen Außenhandels ist in folgenden Zahlen (in Mill. F*M*) zusammengefaßt:

	1920	1919
Einfuhr	3620	2510
Ausfuhr	2907	880
Einfuhrüberschuß	713	1630

Dank der günstigen Entwicklung der Holz-, Holzmasse- und Papierausfuhr konnte in einigen Monaten ein Ausfuhrüberschuß erzielt werden und der gesamte Einfuhrüberschuß des Jahres sowohl absolut, als auch im Verhältnis zum Gesamtaußenhandel erheblich vermindert werden. Im Januar dieses Jahres blieb die Einfuhr im Werte von 194,8 Mill. F*M* hinter dem monatlichen Durchschnitt des Vorjahres zurück, die Ausfuhr wertete nur 95 Mill.; der Rückgang ist als eine natürliche Folge der Vereisung der finnländischen Küsten anzusehen. Der Gesamteinfuhrwert von 1920 ist im Vergleich zu dem des Vorjahres um 50 % gewachsen; von Monat zu Monat nahmen die Einfuhrzahlen zu. Dabei ist die Einfuhr der Menge nach zurückgegangen, in einigen Waren sogar recht erheblich. Die Zunahme des Geldwertes beruht also auf der zunehmenden Verteuerung der eingeführten Waren. Das Maß der Verteuerung ergibt sich aus folgenden Einfuhrindexzahlen, als deren Grundlage die Werte von 1913 mit 100 angenommen sind:

Index einiger der wichtigsten Einfuhrwaren:

	1919	1920		1919	1920
Getreide u. Mehl	968	1726	Baumwolle u. Fabr.	655	1506
Rohtabak	1484	2440	Düngemittel	486	1165
Wolle und Fabr.	8 5	1025	Metalle	804	1537

Den Hauptanteil an der Einfuhr von 1920 hatten England mit 1003 Mill. F*M* und die Vereinigten Staaten mit 795 Mill.; ihnen folgt Deutschland, das zwar 1913 an erster Stelle stand, aber während des Krieges ganz ausgeschaltet war, mit 611 Mill. (1919 nur 157 Mill.). Die nächsthöchsten Einfuhrwerte erreichten Schweden, Dänemark, Niederländisch-Indien und Argentinien. Früher waren die transozeanischen Länder nur mit ganz unbedeutenden Quoten beteiligt, jetzt aber haben sie als Rohstoffproduzenten unter Zurückdrängung der europäischen Durchfuhrländer einen hervorragenden Anteil an dem finnländischen Einfuhrhandel selbst in die Hand genommen.

Wie scharf bisher immer noch das Einfuhrverbotssystem in Finnland gehandhabt wurde, läßt die Tatsache erkennen, daß 1920 von 57 355 beantragten Lizenzen im Werte von 5573 Mill. F*M* nur 44 582 im Werte von 3189 Mill. bewilligt wurden; hierbei wurden einem Reichstagsbeschluß zufolge die genossenschaftlichen Organisationen in erster Linie berücksichtigt. Am 3. 2. hat der finnländische Staatsrat neue Richtlinien für die Einfuhrpolitik angenommen. Grundsätzlich ist die Einfuhr frei. Verboten ist die Einfuhr einer großen Anzahl von Waren, deren Einfuhr als volkswirtschaftlich überflüssig und als Luxus angesehen wird; diese Waren sind in einer „Verbotsliste“ vom 9. 2. 21 zusammengefaßt.[1]) Weizenmehl und Zucker dürfen nur von der Handelsabteilung des Handels- und Industrieministeriums eingeführt werden. Die Kaffeeeinfuhr soll freigegeben werden, nachdem der Reichstag den Kaffeezoll erhöht hat. Rohtabak darf nur bis zur Höchstmenge von 3,2 Mill. kg zum Verbrauch im Inland eingeführt werden. Für den Handel mit Rußland sollen besondere Bestimmungen getroffen werden; vorerst sind allerdings Möglichkeiten für den Handel mit Rußland noch nicht gegeben. Für die verbotenen Waren können in besonderen Fällen von der Handelsabteilung des Handels- und Industrieministeriums Einfuhrlizenzen erteilt werden; der „Valutarat“, der früher zu jeder Einfuhr seine besondere Zustimmung geben mußte, ist aufgelöst.

Am 11. 3. hat der Reichstag die Verlängerung des Gesetzes über die Regelung des Außenhandels versagt, so daß vom 1. 4. 21. an die Freiheit des Handels wiederhergestellt sein wird.

Die 200 %ige Zollerhöhung vom März 1920 hat die Zolleinnahmen für 1920 auf 334 Mill. F*M* gegen 239 Mill. in 1919

[1]) Einen ausführlichen Abdruck brachte die „Industrie- und Handelszeitung“, Berlin, Nr. 46, 47 u. 49.

gebracht; von den Gesamteinnahmen entfallen auf die Einfuhrzölle 291,7 Mill. Am 31. 3. läuft die Zollerhöhung ab; dann soll ein neuer Zolltarif in Kraft treten, der gegenwärtig vom Reichstag durchberaten wird. Da die Zolleinnahmen im Staatsvoranschlag für 1921 mit 670 Mill. FM angesetzt sind, ist mit einer ganz erheblichen Erhöhung sämtlicher Zollsätze zu rechnen. Die Umarbeitung des Zolltarifs wird sowohl aus finanzpolitischen Rücksichten vorgenommen, wie auch zum Schutze der einheimischen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion; für den Industrieschutz setzt sich insbesondere der kürzlich neu gegründete Finska Importindustriförbund ein.

Die allgemeine Versorgung Finnlands mit Waren ist zwar besser geworden, aber immer noch nicht mit gut zu bezeichnen. Fast alles ist zu haben, doch nur zu fast unerschwinglichen Preisen, so daß tatsächlich die Masse der Bevölkerung sich sehr einschränken muß. Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Feuerung zeigen keine Neigung billiger zu werden. Die Sozialverwaltung (Socialstyrelsen) berechnet die gesamten Lebenskosten auf 1003,2 im Dezember 1920 gegen 100 im Juli 1914; die größten Steigerungen entfallen auf Kleidung und Lebensmittel. Von der Gruppe Nahrungs- und Genußmittel sind die wichtigsten Einfuhrprodukte Getreide und Mehl, deren Verbrauch in Finnland durch Eigenproduktion nicht gedeckt wird, obwohl sich ⅔ der Landesbewohner in der Landwirtschaft ernähren, und die Stadtbevölkerung nur 15 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Im Jahre 1913 wurden 97,8 % des Weizenverbrauchs, 63,2 % des Roggenverbrauchs, 13,4 % des Gersteverbrauchs, 8,7 % des Haferverbrauchs und 2,1 % des Kartoffelverbrauchs durch Einfuhr gedeckt. Zurzeit ist die landwirtschaftliche Produktion Finnlands überdies durch den Kapitalmangel, welcher die Beschaffung von Dünge- und Futtermitteln, Maschinen, menschlichen und tierischen Arbeitskräften erschwert, und die Neugewinnung und Besiedlung von Ackerland fast unmöglich macht, stark erschwert. Vor dem Kriege wurde von der gesamten Getreide- und Mehleinfuhr ungefähr die Hälfte aus Deutschland, der Rest größtenteils aus Rußland bezogen, jetzt sind die Vereinigten Staaten und Argentinien die Hauptlieferanten. Der Düngemittelknappheit hofft man durch Errichtung einer staatlichen Superphosphatfabrik in Kotka, welche noch im laufenden Jahre in Betrieb gesetzt werden soll, abzuhelfen. Erheblich zurückgegangen ist die Futtermittelzufuhr, wie gesagt aus Kapitalmangel. An Fleisch wurde fast nichts eingeführt, dagegen konnte die Butterausfuhr in kleinen Mengen wieder aufgenommen werden. In der Gruppe Genußmittel sind die wichtigsten Einfuhrwaren Rohtabak, dessen Einfuhr kontingentiert ist, Rohzucker, der seit 1919 auch im Inland in kleinen Mengen erzeugt wird, und Kaffee. Von der Einfuhr industrieller Roh- und Hilfsstoffe sind besonders zu nennen Rohbaumwolle und -wolle für die Textilindustrie, Häute und Felle für die Lederindustrie, Erze, Roheisen und -stahl für die metallverarbeitende Industrie, Glaubersalz und Chlorkalk für die Holzmasseindustrie, außerdem Schmieröle, Petroleum, in geringen Mengen Steinkohle und Zement, dessen Produktion im Inland allerdings auf Kosten der Einfuhr durch eine bedeutende Erweiterung der Pargas-Kalkbergs A. B. verdoppelt werden soll. Unter den Fertigfabrikaten sind die wichtigsten Einfuhrartikel: Garne, Kleidungsstücke, Schuhwerk, Maschinen aller Art, Maschinenteile, Eisenbahnmaterial, Apparate, besonders elektrotechnische, Fahrzeuge, Schiffbaumaterial zu nennen. In diesen Gruppen steht Deutschland als Lieferant an erster Stelle und in ihnen sind die Konkurrenzverhältnisse für Deutschland dem Ausland gegenüber die günstigsten. Zurzeit ist auch die finnländische Industrie von der internationalen Wirtschaftskrise erfaßt; die zu teuer produzierten Fabrikate sind nach dem Preissturz nicht mehr absetzbar, die Werte der Lagerbestände schwinden, der Markt verschließt sich, Arbeiter müssen entlassen und die Löhne herabgesetzt werden.

Unter diesen Verhältnissen gewinnt für Finnland die am 28. 6. d. J. beginnende zweite finnländische Handelsmesse in Helsingfors, veranstaltet von der Finlandska Mässan A. B., erhöhte Bedeutung.

H. Gabain

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

		Hamburg 15. 3. ℳ	Berlin 15. 3. ℳ	Amsterdam 15. 3. fl	Zürich 15. 3. fr
Amsterdam ..	100 fl	2122,50	2170,30	—,—	202,60
Barcelona ...	100 Pesetas	879,50	871,60	40,35	82,—
Berlin	100 ℳ	—,—	—,—	4,60	9,32½
Brüssel	100 fr	462,—	457,—	21,05	42,50
Budapest	100 K	15,25	15,33	—,—	400,—
Buenos Aires.	100 Pesos .	—,—	—,—	—,—	213,—
Helsingfors ..	100 FM ...	162,50	162,30	—,—	—,—
Kopenhagen .	100 Kr	1096,25	1081,40	50,10	102,—
Kristiania ...	100 Kr	1020,—	1016,45	47,25	96,—
London	1 £	246,—	246,37½	11,35½	22,97
Madrid	100 Pesetas	879.50	871,60	40,35	82,—
New York....	1 $	63,12½	63,05½	2,90⅞	5,69½
Paris	100 fr	440,50	437,55	20,10	40,65
Prag	100 K.....	81,75	81,95	—,—	7,70
Rom.....	100 Lire ..	227,50	230,75	10,70	21,65
Stockholm ...	100 Kr	1431,25	1429,55	65,90	134,—
Wien	100 K neu.	13,50	14,48	0,65	1,40
Zürich	100 fr	1069,75	1071,40	49,40	—.—

		Wien 15. 3. K	Prag 15. 3. K	Paris 15. 3. fr	London 15. 3. *)	New York 15. 3. $
Amsterdam.	100 fl	23600,—	—,—	496,—	11,36½	—,—
Berlin	100 ℳ	1097,—	121,75	23,—	244,—	1,57
Kopenhagen	100 Kr	12075,—	—,—	—,—	—,—	—,—
London	1 £	—,—	—,—	56,47	—,—	3,84⅝ 60 Tg.

		Wien 15. 3. K	Prag 15. 3. K	Paris 15. 3. fr	London 15. 3. *)	New York 15. 3. $
New York ..	1 $	—,—	—,—	14,56½	3.90⅞	—,—
Paris	100 fr	—,—	—,—	—,—	55,65	7,29
Wien	100 K	—,—	10,70	—,—	—,—	—,—
Zürich	100 fr	11625,—	—,—	246,50	23,06	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 15. 3.	Zürich 15. 3.	Kopenh. 15. 3.	Stockh. 15. 3.	Wien 15. 3.
Reichsmark	—92,24	—92,45	—89,48	—92,01	+833,14
Dt.-österr. Krone	—98,71	—98,66	—	—	—
Französ. Frank.	—58 12	—59,35	—43,75	—56,60	—
Pfund Sterling .	— 6,28	— 8,92	+23,23	— 4,45	—
Dollar	+16,94	+13,74	+56,75	+19,03	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	5. 3.	12. 3.
Alexandrien	97⁷/₁₆ d pari	97⁷/₁₆ d pari
Bombay/Kalkutta ...	1 s 31/16 d—1 s 3³/₁₆ d	1 s 3³/₈ d—1 s 3½ d
Hongkong	2 s 2½ d—2 s 3⅜ d	2 s 2¾ d—2 s 3⅜ d
Schanghai	2 s 11 d—3 s 0 d	2 s 11 d—3 s 0½ d
Singapore	2 s 3²³/₃₂ d—2 s 3³¹/₃₂ d	2 s 3¹¹/₁₆ d—2 s 3¹⁵/₁₆ d
Yokohama	2 s 5½ d—2 s 5¾ d	2 s 5⁹/₁₆ d—2 s 5¾ d
Montevideo T. T.	47¼ d—48¼ d	46¾ d—47½ d
Rio de Janeiro	10⅛ d	9⅜ d
Buenos Aires T. T.	48⅜ d—48⅝ d	47¾ d—48¼ d
Valparaiso 90 T.	—	9⁹/₃₂ d

Schiffahrt und Schiffbau

Mexiko

Mexikanische Hafenverbesserungen. Nachrichten aus Mexiko zufolge beschäftigt sich die Regierung zurzeit mit einem Projekt, das eine durchgreifende, die Aufwendung mehrerer Mill. Pesos erfordernde Ausdehnung und Verbesserung mexikanischer Häfen vorsieht. Zugleich wird beabsichtigt, den Verkehr der Häfen von den drückenden Abgaben zu befreien, die von der früheren Regierung auferlegt sind und die fremde Schiffahrt beispielsweise aus Häfen wie Salina Cruz, Pto. Mexiko forttreiben. Diese Abgaben sind zwar bereits ermäßigt worden, jedoch nicht in einem Umfange, der den berechtigten Erwartungen der fremden Linien entspricht.

Salina Cruz, die Endstation der Tehuantepec-Bahn an der atlantischen Küste und Pto. Mexiko, die Endstation an der Pazifikseite, ebenso wie Guaymas, der wichtigste mexikanische Hafen im Golf von Kalifornien, sind zu Freizonen erklärt worden. Man hofft, daß diese Häfen zu Stapelplätzen für Rohmaterial und zum Sitz einer beträchtlichen Veredelungsindustrie werden. Damit wäre die Aussicht gegeben, daß die Tehuantepec-Bahn mehr als bisher für den Güteraustausch zwischen Nord- und Südamerika, Europa und dem Orient Bedeutung gewänne, was im Hinblick auf die beschränkte Leistungsfähigkeit des Panamakanals erwünscht wäre.

Für Guaymas als Freizone hat man sich wegen der wichtigen geographischen Lage entschieden. Der Hafen bildet die südliche Endstation der mexikanischen Südpazifikbahn und steht in Verbindung mit wichtigen Schienenwegen der Vereinigten Staaten.

Das bedeutendste Regierungsprojekt ist zurzeit jedoch der Ausbau des Hafens von Manzanillo. Die frühere Regierung unter Porfirio Diaz hat hierfür bereits mehr als 100 Mill. $ aufgewendet. Wenn die jetzigen geplanten Anlagen vollendet sein werden, wird Manzanillo der wichtigste Hafen an der mexikanischen Pazifikküste werden. *A. K.*

Vermischtes

Vom englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Carl Trapp: Die mit Anfang des Jahres in Großbritannien erhoffte Besserung der Geschäftslage ist nicht eingetreten, es ist im Gegenteil seit dem letzten Bericht ein weiterer Preisrückgang auf allen Gebieten zu verzeichnen, und die Unternehmungslust wird durch die dauernd rückgängigen Notierungen für Rohstoff und Fabrikate immer mehr gedämpft. Schwächerer Wechselkurs und billigere Frachten brachten die Preise für Rohjute auf Abladung weiter herunter und erste Marken wurden zu 31 £ angeboten, ohne Käufer zu finden. Die Ernte ist klein, genügt aber für den reduzierten Bedarf, doch zeigen die letzten Ankünfte einen merklichen Rückgang in der Qualität. In greifbarer Ware fanden auf dem Kontinent einige Bedarfskäufe statt und wirklich gute Partien erzielten volle Preise.

Berichte über eine in Indien einsetzende Bewegung zur Einschränkung der Anbaufläche für Jute hatten keinen Einfluß auf den Markt.

Auch im Dundee-Warenmarkt fehlen nach wie vor jegliche Anzeichen einer Geschäftsbelebung. Preise in allen Fabrikaten sind weiter gefallen, 8 lbs Common Cops notieren 3/— und 40 in 10½ oz Hessians 4⅛ d je yard, doch sollen Verkäufe unter diesen Preisen stattgefunden haben. Infolge der Geschäftslosigkeit und der ruinösen Preise sahen sich drei weitere Fabriken in Dundee gezwungen, ihre Betriebe zu schließen. Ein Versuch des Lohnabbaus stieß bei den Arbeitern auf Schwierigkeiten, doch scheint neuerdings die Vernunft siegen zu sollen und es besteht Hoffnung, daß die Arbeiter lieber zu einem niedrigeren Lohn arbeiten wollen, als feiern.

In Kalkutta häuft sich die Lagerware in geradezu erschreckender Weise. Auch in Amerika ist der Markt schwächer geworden, was natürlich seine Rückwirkung auf Kalkutta und Dundee nicht verfehlte. Die Kalkutta Fabriken haben jetzt beschlossen, die Arbeitszeit vom April bis Juni auf vier Tage in der Woche herabzusetzen, um den Markt vor einer weiteren Überproduktion zu bewahren.

Die Preisbewegung der letzten vier Wochen stellt sich wie folgt:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Kalkutta in Rupien	S. 6 Cops in Dundee per spyndel in s und d	Hessians 40 in 10½oz in Dundee in d
9. 2. 21.	36/—	71	3/3	4²⁄₄₈
16. 2. 21.	35/—	68	3/3	4²⁄₄₈
23. 2. 21.	34/—	65	3/—	4¹⁸⁄₄₈
2. 3. 21.	32/—	65	3/—	4¹²⁄₄₈
Letzte Meldung	31/—	—	—	4⅛

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 10½ oz in d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Kalkutta Hess. 40 in 10 oz loco New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
9. 2. 21	5¹⁸⁄₄₈	26/3	5,15	1/5¼
16. 2. 21	5¹⁸⁄₄₈	25/9	5,10	1/5
23. 2. 21	5¹⁸⁄₄₈	24/—	5,—	1/4⅜
2. 3. 21	5	25/6	4,95	1/4⅛
Letzte Meldung	—	—	—	1/3¾

Februar-Marktbericht für Holz. Im Februar machte sich am deutschen Markte eine allgemeine Zurückhaltung der Käufer infolge der ungeklärten politischen Lage Europas und des bevorstehenden Regierungswechsels in den Vereinigten Staaten bemerkbar. In deutschen Laubhölzern wurde im allgemeinen nur kurzfristiger Bedarf bei beschränkten Umsätzen gedeckt. Am Weichholzmarkt ist im Auslandsgeschäft ein vollständiger Stillstand eingetreten; doch hofft man allgemein, daß im Frühjahr eine gewisse Bautätigkeit einsetzt und somit auch das Geschäft sich etwas wieder belebt. Im Grubenholzgeschäft sind bei festen Forderungen der Produzenten und Zurückhaltung der Zechen keine größeren Abschlüsse zu erzielen. In Papierholz wurden nur vereinzelte Abschlüsse getätigt, da die Papierfabriken ihren Holzbedarf überwiegend eingedeckt haben. Das Furniergeschäft ließ bei langsam weichenden Preisen keine wesentliche Veränderung erkennen. Für Sperrholz herrschte geringe Kauflust. Von ausländischen Hölzern sind zahlreiche Zufuhren zu verzeichnen, u. a. mehrere Schiffsladungen Okumé und kleinere Ankünfte in amerikanischem Nußbaum, Nicaragua-, Kuba-, Honduras-Zedern, afrikanischem Zitronenholz, ostindischem Teak, Ceylon- und Bombay-Ebenholz, afrikanischem Mahagoni, ostindischem, Madagaskar-, Jacaranda- und Pockholz. Trotz weitreichenden Interesses für Überseehölzer blieben die Umsätze in den Grenzen, welche durch die Kursgestaltung und die dadurch bedingte Preisgrundlage gesetzt sind.

An unsere Abonnenten!

Auf Grund der Abonnementsbedingungen sind die Bezugsgebühren für den Jahrgang 1921 des „Wirtschaftsdienst" bis zum 31. März zu entrichten. Um Unterbrechungen in der Zustellung der Zeitschrift zu vermeiden, fordern wir hiermit unsere Bezieher auf, die Abonnementsgebühr gefl. umgehend an uns zu entrichten, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Bankkonto: Deutsche Bank Filiale Hamburg. · · ·
Postscheckkonto: Nr. 12842, Postscheckamt Hamburg.

Der Verlag des „Wirtschaftsdienst".

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.

HAPAG

HAMBURG-AMERIKA LINIE IN VERBINDUNG MIT DEN UNITED AMERICAN LINES INC.

HAMBURG-NEW YORK

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 8tägigen Zwischenräumen. Die Dampfer löschen in New York am Pier 7, Cityfront. Nach **Baltimore u. Philadelphia** regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa halbmonatigen Zwischenräumen.

HAMBURG-SÜDAMERIKA

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 14tägig. Zwischenräumen nach Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires sowie in Durchfracht nach Rosario, Paraná, Santa Fé, Bahia Blanca u. Asunción.

HAMBURG-OSTASIEN

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatigen Zwischenräumen mit Dampfern von Alfred Holt & Co., Liverpool, und Ellerman & Bucknall Steamship Co. Ltd., London, nach Penang, Port Swettenham, Singapore, Hongkong, Schanghai, Nagasaki, Moji, Kobe, Yokohama und in Durchfracht nach allen bekannten Nebenplätzen.

HAMBURG-CUBA-MEXICO

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatig. Zwischenräumen nach Havana, Tampico, Vera Cruz evtl. Progreso und Puerto Mexico.

KÖLN-ENGLAND

Regelmäßiger 10tägiger Dienst von Köln nach London-Goole u. anderen Häfen d. Ostküste Englands. Die Rheinhäfen werd. n. Bedarf angelaufen.

REISEBÜROS/LUFTVERKEHR

Reisebüros an allen größeren Plätzen. Amtlicher Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten und Schlafwagenplätzen **ohne** Aufschlag. Reisegepäckversicherung (auch für Übersee).

PERSONENBEFÖRDERUNG

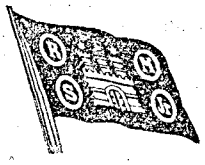
Nach Nord-, Zentral-, Südamerika, Ostafrika, Ostasien usw. über deutsche, holländische, skandinavische und italienische Häfen.

Nähere Auskunft:
Hamburg-Amerika Linie, Hamburg
und deren Vertretungen.

Rob. M. Sloman jr.

Hamburg, Baumwall 3

Reederei, Schiffsmakler und Befrachtungsgeschäft



Rob. M. Sloman jr.'s Mittelmeer-Linie

Regelmäßiger Dampferdienst von Hamburg nach den spanischen und italienischen Häfen des westlichen Mittelmeeres und zurück nach Hamburg

Verkehr nach Norwegen

Det Söndenfjelds-Norske Dampskibsselskab, Kristiania

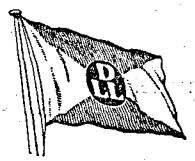
Regelmäßiger 8tägiger Fracht- und Passagierverkehr nach Ost-Norwegen

Det Bergenske Dampskibsselskab, Bergen

Det Nordenfjeldske Dampskibsselskab, Drontheim

Regelmäßiger 8tägiger Fracht- und Passagierverkehr nach West-Norwegen

---



Deutsche Levante-Linie

Hamburg

Nächste Expedition nach:

Oran, Algier, Malta, Tripolis i. B., Triest, Venedig, Ancona und Bari
deutscher D. **„Aleppo"** 22. März 1921

Tunis, Malta, Alexandrien, Jaffa, Haifa, Salonik, Volo und Patras
deutscher D. **„Faust"** 26. März 1921

Piraeus, Burgas, Varna, Constanza, Galatz und Braila
dänischer D. **„Alpha"** 2. April 1921

Nähere Auskunft erteilt:

Deutsche Levante-Linie

Mönckebergstraße 7, Levantehaus,
sowie für
Malta, Tripolis i. B., Alexandrien und **Palästina**
SPIELMANN & CO., Luisenhof,
für den **Adria-Dienst:**
August Bolten, Wm. Miller's Nachfg., Admiralitätstr. 36.

EMDER VERKEHRSGESELLSCHAFT A.-G., EMDEN

FERNRUF: NR. 24, 96 UND 216 · TELEGRAMM-ADRESSEN: VERTRETUNGEN: „EVAG"; SPEDITION: „OCEANFAHRT"

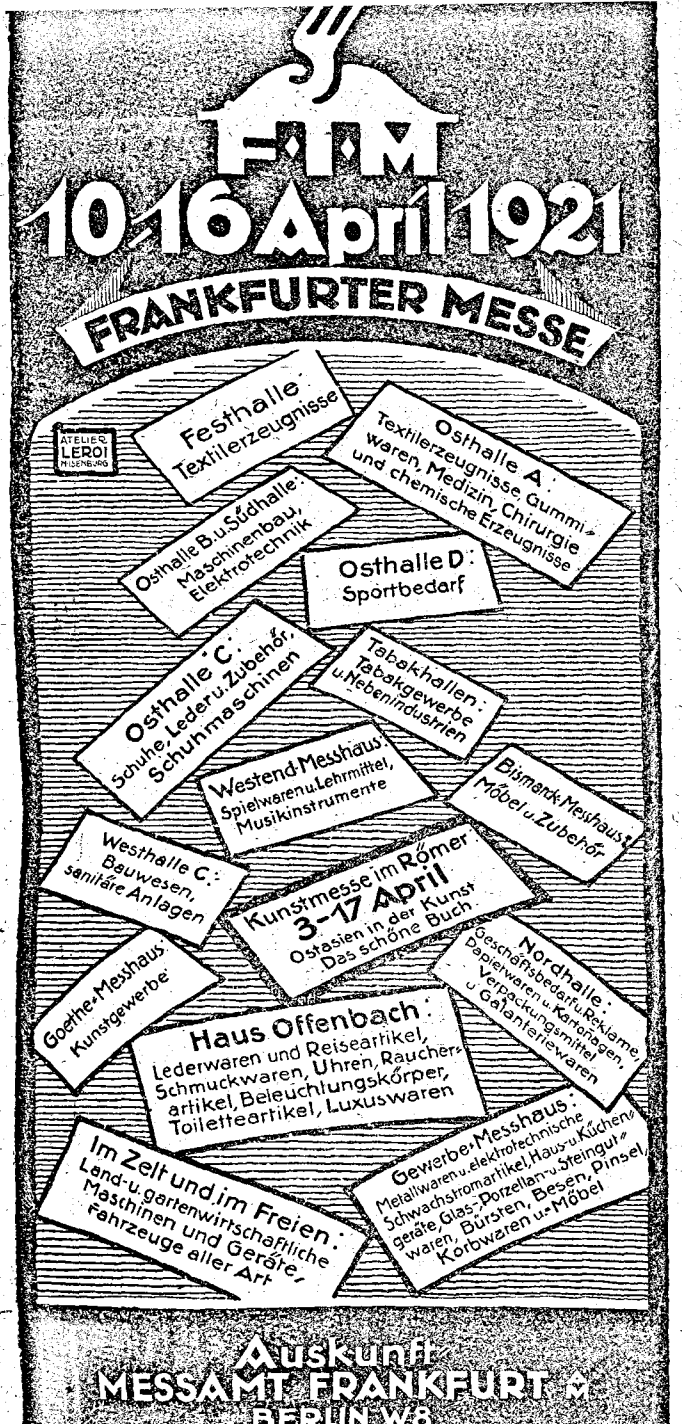
SEE- UND KANALSCHIFFAHRT

DURCHFRACHTVERKEHR VON RHEIN- UND KANALHÄFEN SEEWÄRTS

GENERALVERTRETUNGEN:

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Deutsche Levante-Linie, Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos", Deutsche Ostafrika-Linie Aktien-Gesellschaft, Woermann-Linie Aktien-Gesellschaft, Reederei A. Kirsten, Rhederei-Vereinigung G.m.b.H., Syndikats-Rhederei G.m.b.H., Det Nordenfjeldske Dampskipsselskab, Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

SCHIFFSMAKLEREI · SPEDITION · BEFRACHTUNG · KOMMISSION · ASSEKURANZ · STAUEREI KAIBETRIEB UND LAGERHÄUSER · SCHIFFSBELEIHUNGEN UND SCHIFFSVERKÄUFE



„Albingia"

Hamburg-Düsseldorfer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Sombörg

Alsterdamm Nr. 39 ★ (Europahaus)

Aktienkapital . . . . . M 9000000.–
Gesamtreserven über M 16000000.–

Versicherungen aller Art
für Schiffahrt, Handel u. Industrie

Deutsche Ueberseeische Bank

Aktien-Kapital Mark 30,000,000

BERLIN W 8, Mauerstr. 39/40

Gegründet von der DEUTSCHEN BANK, BERLIN

Niederlassungen unter der Firma:

Banco Aleman Transatlántico

in

Argentinien: Bahia Blanca, Buenos Aires, Córdoba, Mendoza, Rosario de Santa Fé.
Bolivien: La Paz, Oruro.
Chile: Antofagasta, Concepción, Iquique, Santiago, Temuco, Valdivia, Valparaiso.
Peru: Arequipa, Callao, Lima.
Uruguay: Montevideo,
Spanien: Barcelona, Madrid.

Banco Allemão Transatlantico

in

Brasilien: Rio de Janeiro, Santos, São Paulo.

Einziehungen überseeischer Wechsel und Dokumente, Kreditbriefe. — Briefliche und telegraphische Auszahlungen. — Ausführung von Effekten- und Devisen-Aufträgen. — Besorgung aller sonstigen überseeischen Bankgeschäfte. — Eigene Telegraphenschlüssel.

Anfragen werden jederzeit durch den Hauptsitz in Berlin erledigt bezw. übermittelt.

Vertretungen in:
Bremen: Deutsche Bank Filiale Bremen.
Hamburg: Deutsche Bank Filiale Hamburg.

Eiserne Akten-Regale

standfest / raumsparend / leichtes Gewicht / keine Abnutzung / preiswert sofort vom Lager lieferbar.
Angebote und Zeichnungen kostenlos.

Panzer Aktiengesellschaft, Berlin N. 20

Es ist erschienen:

Weltübersicht der Masseinheiten

Die gebräuchlichsten Längen-, Flächen-, Raum-, Gewichts- und Wertmasse aller Länder
Im Auftrage des Wirtschaftsdienstes aufgestellt von H. Bohnert
Preis Mk. 3.— und 20% Teuerungszuschlag

Zu beziehen durch den Verlag des Wirtschaftsdienstes
Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 12

Direction der Disconto Gesellschaft

Berlin und Niederlassungen

Kapital und Reserven **Mk. 456,000,000.-**

Norddeutsche Bank in Hamburg

Hamburg, Altona und Harburg

Kapital und Reserven **Mk. 80,000,000.-**

A. Schaaffhausenscher Bankverein A.-G.

Cöln und Niederlassungen

Kapital und Reserven **Mk. 115,000,000.-**

Die Banken vertreten die von der Disconto Gesellschaft und der Norddeutschen Bank gemeinsam gegründeten Banken

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg

und Brasilien, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Santos, Porto Alegre und Bahia

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg

und Chile (Banco de Chile y Alemania), Valparaiso, Concepcion, Santiago, Temuco, Valdivia

H. Hilck · Cuxhaven

Fernruf 67 und 867 — Drahtanschrift: Hilck

empfiehlt sich zum Bezug aller Seefischarten,
frisch mariniert, geräuchert und konserviert

Man verlange Angebote

Seefischgroßhandlung und Räucherei